

Joachim Albrech, Philipp Fink, Heinrich Tiemann

Ungleiches Deutschland: Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2015

gute gesellschaft –
soziale demokratie
#2017 plus

FRIEDRICH
EBERT
STIFTUNG

gute gesellschaft – soziale demokratie #2017 plus

EIN PROJEKT DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG
IN DEN JAHREN 2015 BIS 2017

Was macht eine Gute Gesellschaft aus? Wir verstehen darunter soziale Gerechtigkeit, ökologische Nachhaltigkeit, eine innovative und erfolgreiche Wirtschaft und eine Demokratie, an der die Bürger_innen aktiv mitwirken. Diese Gesellschaft wird getragen von den Grundwerten der Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Wir brauchen neue Ideen und Konzepte, um die Gute Gesellschaft nicht zur Utopie werden zu lassen. Deswegen entwickelt die Friedrich-Ebert-Stiftung konkrete Handlungsempfehlungen für die Politik der kommenden Jahre. Folgende Themenbereiche stehen dabei im Mittelpunkt:

- Debatte um Grundwerte: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität;
- Demokratie und demokratische Teilhabe;
- neues Wachstum und gestaltende Wirtschafts- und Finanzpolitik;
- Gute Arbeit und sozialer Fortschritt.

Eine Gute Gesellschaft entsteht nicht von selbst, sie muss kontinuierlich unter Mitwirkung von uns allen gestaltet werden. Für dieses Projekt nutzt die Friedrich-Ebert-Stiftung ihr weltweites Netzwerk, um die deutsche, europäische und internationale Perspektive miteinander zu verbinden. In zahlreichen Veröffentlichungen und Veranstaltungen in den Jahren 2015 bis 2017 wird sich die Stiftung dem Thema kontinuierlich widmen, um die Gute Gesellschaft zukunftsfähig zu machen.

Weitere Informationen zum Projekt erhalten Sie hier:

www.fes-2017plus.de

Die Friedrich-Ebert-Stiftung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft;
- Politikberatung;
- internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern
- Begabtenförderung;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

Über die Autoren dieser Ausgabe

Joachim Albrech, Dipl. Volkswirt, ist Geschäftsführer der TAURUSpro Gesellschaft für Umwelt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung mbH mit Sitz in Trier.

Dr. Philipp Fink ist Leiter des Arbeitskreises Nachhaltige Strukturpolitik und des Arbeitsbereichs Klima-, Umwelt-, Energie- und Strukturpolitik in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Heinrich Tiemann war Ministerialdirektor im Bundeskanzleramt und Staatssekretär in verschiedenen Bundesministerien und ist Mitglied des Arbeitskreises Nachhaltige Strukturpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Für diese Publikation ist in der FES verantwortlich

Dr. Philipp Fink ist Leiter des Arbeitskreises Nachhaltige Strukturpolitik und des Arbeitsbereichs Klima-, Umwelt-, Energie- und Strukturpolitik in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung und koordiniert im Rahmen des Projekts „gute gesellschaft – soziale demokratie #2017“ der FES die Projektgruppe „Gleichwertige Lebensverhältnisse“.

Joachim Albrech, Philipp Fink, Heinrich Tiemann

Ungleiches Deutschland: Sozioökonomischer Disparitätenbericht 2015

2	VORWORT
3	DEUTSCHLAND DRIFTET WEITER AUSEINANDER
6	1 EINLEITUNG
7	2 ANALYSE
7	2.1 Teilbereich Wirtschaft
8	2.1.1 Bruttoinlandsprodukt
10	2.1.2 Wissensintensive unternehmensbezogene Dienstleistungen
12	2.2 Teilbereich Arbeitsmarkt
12	2.2.1 Arbeitslosenquote
14	2.2.2 Arbeitsplatzwanderung
16	2.2.3 Schulabgänger_innen ohne Abschluss
18	2.2.4 Hoch qualifizierte Beschäftigte
20	2.3 Teilbereich Wohlstand
20	2.3.1 Haushaltseinkommen
22	2.3.2 Schuldner_innenquote
24	2.3.3 Arbeitslose SGB II
26	2.3.4 Kinderarmut
28	2.4 Teilbereich Öffentliche Finanzen
28	2.4.1 Kommunale Schulden
30	2.4.2 Kassenkredite
32	2.5 Teilbereich Infrastruktur
32	2.5.1 Bevölkerungsdichte
34	2.5.2 Erreichbarkeit von Ober- und Mittelzentren
36	2.5.3 Betreuungsquote Kleinkinder
38	2.5.4 Ärztliche Versorgung
40	2.5.5 Pflegeheimplätze
42	2.6 Teilbereich Demografie
42	2.6.1 Bevölkerungsentwicklung
44	2.6.2 Senior_innen
46	2.6.3 Kinder
48	Anhang
50	Kartenverzeichnis
50	Tabellenverzeichnis
51	Literaturverzeichnis

VORWORT

Ungleichheit hat neben einer wirtschaftlichen und sozialen auch eine räumliche Dimension. Bereits im Jahr 2012 beschäftigte sich die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) mit der räumlichen Verteilung von Wirtschaftskraft, Beschäftigung und Einkommen in Deutschland. Die damals vorgestellten Ergebnisse des Raumordnungsberichts 2011, dem Daten von 2009 zugrunde liegen, zeigten deutliche regionale Unterschiede: zwischen Süden und Norden, vor allem aber zwischen Westen und Osten. Damals lautete das Fazit: Deutschland wird in Bezug auf die räumliche Verteilung von Wirtschaftskraft, Beschäftigungsimpulsen und der sozialen Lage immer ungleicher.

Fünf Jahre nach dem Erscheinen des Raumordnungsberichts haben Joachim Albrecht und sein Team vom Taurus Institut an der Universität Trier nun die aktuell verfügbaren Daten des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) erneut ausgewertet. Vor dem Hintergrund des seit 2009 anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwungs wird anhand von 20 Indikatoren die soziale und ökonomische Lage kreisgenau dargestellt und mit den Daten des letzten Raumordnungsberichts verglichen. Die Ergebnisse zeigen, dass nicht alle Regionen in gleichem Maß von der guten Konjunktur und den positiven Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt profitiert haben; die Impulse für Beschäftigung und Wachstum stammen im Wesentlichen aus dem Süden des Landes.

Heinrich Tiemann und Philipp Fink stellen die Ergebnisse des Sozioökonomischen Disparitätenberichts in einem dem Bericht vorangestellten Text in den aktuellen politischen Kontext. Die von der wirtschaftlichen Entwicklung abgehängten Regionen haben immer mehr Schwierigkeiten bei der Bereitstellung der öffentlichen Daseinsvorsorge. Dort sind Kommunen zunehmend in einem Teufelskreis aus Verschuldung, Wachstumsschwäche, Arbeitslosigkeit und Abwanderung gefangen, ihre Einwohner_innen müssen mit einer schlechteren Ausstattung bei der öffentlichen Infrastruktur auskommen. Somit besitzen sie geringere Chancen zur erfolgreichen Teilnahme am Arbeitsleben, in den sozialen und kulturellen Alltagsbeziehungen. Die Erfüllung des grundgesetzlichen Gebots der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse rückt in immer weitere Ferne.

Die bisher in der Öffentlichkeit diskutierten Lösungen greifen zu kurz. Angesichts der großen Herausforderungen der demografischen Entwicklung sowie der Finanzierung der Unterbringung von Flüchtlingen und deren Integration ist eine umfassende Debatte über den Wert gleichwertiger Lebensverhältnisse und ihre Erreichbarkeit für alle in Deutschland lebenden Menschen dringend notwendig.

Die Studie „Ungleiches Deutschland“ erscheint im Rahmen des stiftungsweiten Projekts „Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie 2017plus“ der FES, in dessen Mittelpunkt das Thema Ungleichheit steht. Mehrere Studien sollen zeigen, wie sich Ungleichheit entwickelt, was das für das Leben der Menschen in Deutschland bedeutet und welche Lösungen sich anbieten. Den Auftakt bildet die vorliegende Analyse; weitere Untersuchungen folgen im Laufe des Jahres.

Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre!

HANS EICHEL

Bundesminister a. D.

Sprecher des Arbeitskreises Nachhaltige Strukturpolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung

DR. PHILIPP FINK

Leiter des Arbeitskreises Nachhaltige Strukturpolitik

HEINRICH TIEMANN

Staatssekretär a. D.

Mitglied im Arbeitskreis Nachhaltige Strukturpolitik

PHILIPP FINK, HEINRICH TIEMANN

DEUTSCHLAND DRIFTET WEITER AUSEINANDER

Die regionalen Disparitäten, also räumlich ungleiche Entwicklungen gemessen als Abweichungen vom Bundesdurchschnitt, verfestigen sich in Deutschland oder werden teilweise sogar größer. Dies ist das zentrale Ergebnis des Sozioökonomischen Disparitätenberichts für Deutschland 2015, der für die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) erarbeitet wurde.

Bereits im Raumordnungsbericht aus dem Jahr 2011 weist das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) Ungleichgewichte zwischen den Regionen aus, die sich in Bereichen wie der wirtschaftlichen Situation, der Verteilung des Wohlstands in der Bevölkerung, der Bereitstellung öffentlicher Finanzen und Infrastrukturen oder der demografischen Entwicklung verschärft haben.

Auch nach einem Vierteljahrhundert Deutsche Einheit ist das Land wirtschaftlich und demografisch uneinheitlich aufgestellt. Ostdeutschland ist noch immer von unterdurchschnittlichen Entwicklungen betroffen, die sich oft in mehreren Bereichen der Wirtschaft und des sozialen Lebens akkumulieren. Das seit der Wiedervereinigung bestehende West-Ost-Gefälle ist im wirtschaftlichen Bereich in den vergangenen Jahren wieder größer geworden.

Wachsendes West-Ost- und Süd-Nord-Gefälle

Doch nicht nur der Osten wird hier von den starken Regionen in Süddeutschland abgehängt. Auch Kreise in West- und Norddeutschland haben mit einer hohen Arbeitslosenzahl, hoher Kinderarmut und mit steigenden kommunalen Schulden zu kämpfen, die einen eingeschränkten kommunalen Handlungsspielraum und weniger Investitionen nach sich ziehen. So ist neben dem West-Ost-Gefälle auch das Süd-Nord-Gefälle in Deutschland deutlich nachweisbar, wenn auch nicht so stark wie die Unterschiede zwischen West- und Ostdeutschland.

Differenzierte Entwicklung in den Regionen

Außerdem zeigt sich, dass die ländlich peripheren Räume, die weiter von wirtschaftlich starken Agglomerationen und Metropolräumen entfernt liegen, tendenziell stärker von Disparitäten betroffen sind. Ihre Infrastrukturausstattung ist

deutlich schlechter, es wandern überdurchschnittlich viele Menschen aus, und sie nehmen deutlich weniger am Wohlstand in Deutschland teil als die Regionen in der Nähe der wirtschaftlichen Schwerpunkträume. In der Folge kommt es zunehmend zu Abwanderung aus peripheren Regionen, während Metropolregionen durch Zuwanderung auch wachsen. Dennoch kann man nicht pauschalisieren, dass alle Städte von dieser Entwicklung profitieren und alle ländlichen Regionen abgehängt werden. Die Analyse zeigt, dass es sowohl schrumpfende Städte als auch boomende Landkreise gibt. Doch immer ist die Nähe zu wirtschaftlich starken Agglomerationsräumen entscheidend. Zudem liegen schrumpfende und wachsende Teilräume mitunter nebeneinander.

Ungleichgewichte in der Wirtschaftskraft

Ausschlaggebender Faktor für die Disparitäten sind insbesondere Ungleichgewichte in der Wirtschaftskraft der Regionen, die sich beispielsweise in Unterschieden des Bruttoinlandsprodukts oder Arbeitslosenquoten zeigen. Auch die Wettbewerbsfähigkeit der Regionen ist sehr unterschiedlich, was letztlich an der Ausstattung mit zukunfts- und innovationsorientierten Dienstleistungen und/oder einer international wettbewerbsfähigen Exportindustrie nachgewiesen werden kann. Das wirtschaftliche Wachstum der vergangenen Jahre hat in Deutschland nicht zu einem Ausgleich der Disparitäten beigetragen, sondern die bestehenden Ungleichgewichte wurden größer und die Gegensätze verschärften sich.

Die Ungleichgewichte in der wirtschaftlichen Entwicklung sind wiederum Anlass für arbeitsmarktbedingte Wanderungen. Gerade besser ausgebildete, jüngere Menschen wandern in wirtschaftlich prosperierende Regionen, um dort ein höheres Einkommen zu erzielen. Zudem finden sie dort oftmals auch attraktive Infrastrukturen in den Kommunen vor. Die Wanderungsbewegungen aus wirtschaftsschwächeren Regionen in stärkere Regionen sind häufig ökonomisch bedingt.

Gewinner- und Verliererregionen

Entsprechend gibt es Gewinnerregionen, in denen die Anziehungskraft sehr hoch ist und sich die ökonomische Situation als sehr gut darstellt. Zu diesen Regionen gehören insbesondere die beiden süddeutschen Länder Baden-Württemberg und Bayern, aber auch Hamburg. In den Verliererregionen, die von Abwanderung jüngerer Menschen besonders stark betroffen sind, ist auch die Arbeitslosigkeit besonders hoch. Es gibt überdurchschnittlich viele Überschuldungen privater Haushalte sowie Kinder- und Senior_innenarmut. Diese Verliererregionen liegen vornehmlich in Ostdeutschland, aber auch innerhalb der westlichen und nördlichen Bundesländer.

Angespannte kommunale Finanzen

Die Finanzlage vieler Kommunen hat sich in den vergangenen Jahren zunehmend verschlechtert. Gegensätzliche Entwicklungen zwischen oft rückläufigen Einnahmen und steigenden Ausgaben sind für viele Kommunen kaum noch zu bewältigen. Die Ausgaben der Kommunen und ihre Verschuldung sind ein wichtiger Gradmesser für ihre Handlungsfähigkeit und den Grad der Versorgung, den sie ihrer Bevölkerung anbieten können. Es zeigt sich, dass sich die Unterschiede zwischen Kommunen mit entspannter Finanzlage und solchen mit erheblichen Haushaltsdefiziten verstärken. Kommunale Verschuldung und hohe Kassenkredite spiegeln die prekäre Finanzsituation wider und zeigen, dass insbesondere wirtschaftsschwache Regionen einem Negativkreislauf aus fehlenden Einnahmen und steigenden Ausgaben unterliegen.

Erhebliche Unterschiede in der Daseinsvorsorge

Die Ungleichheiten im wirtschaftlichen und privaten Bereich schlagen sich meist auch im öffentlichen Bereich der Infrastruktur und hier insbesondere im sozialen Bereich nieder. Die Zunahme von Kassenkrediten und ihre Häufung in den westdeutschen Kommunen führt zu Städten und Landkreisen, die ihrer Aufgabe, die öffentliche Daseinsvorsorge sicherzustellen, nicht mehr gerecht werden können. Mit der geringeren Bevölkerungsdichte und schlechteren Finanzsituation kommt es auch zur schlechteren Versorgung, beispielsweise im medizinischen und pflegerischen Bereich. Es wird deutlich, dass mittlerweile deutschlandweit erhebliche Unterschiede in der Daseinsvorsorge bestehen.

Zunehmende Unwucht zwischen den Landesteilen

Die Analyse der Disparitäten in ökonomischen, demografischen und infrastrukturellen Bereichen deutet darauf hin, dass es sich um eine sich selbst verstärkende Entwicklung handelt, von der die jeweiligen Regionen meistens in mehreren Bereichen betroffen sind. Die Gewinnerregionen stehen immer besser da, während Verliererregionen einem zunehmenden Abwärtstrend unterliegen.

Der demografische Wandel und seine Auswirkungen stellen eine der zentralen Herausforderungen für Deutschland dar. Er wirkt als verstärkender Faktor auf die Strukturen von Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Daseinsvorsorge. Insgesamt wird deutlich, dass Kreise mit schwacher wirtschaftlicher Ent-

wicklung, hoher Arbeitslosigkeit und unzureichender Infrastruktur durch Abwanderung und niedrige Geburtenrate zunehmend überaltern. Deutschland driftet auch bedingt durch die demografische Entwicklung weiter auseinander.

Weitere Befunde zu wachsenden Disparitäten

In den vergangenen Jahren hat sich die Zahl der Analysen zu den ungleichen Lebensbedingungen in Deutschland sprunghaft erhöht. Hier eine Auswahl:

- Auch die Wohlfahrtsorganisationen setzen sich mit den wachsenden Disparitäten und deren Ursachen auseinander. Der Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes (2015) berichtet über die räumliche Verteilung und das Gefälle zwischen Arm und Reich. Für 2014 lauten die Befunde: Deutschland ist dabei, regional auseinanderzufallen. Was Wohlstand und Armut anbelangt, ist es mittlerweile ein tief zerklüftetes Land.
- Die Prüfungs- und Beratungsgesellschaft EY (Ernst & Young 2015) und das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (Arnold et al. 2015) haben im Herbst 2015 neue Zahlen zur finanziellen Situation der Kommunen veröffentlicht. EY sieht immer mehr Städte mit Haushaltsdefizit. Die Schere zwischen armen und reichen Kommunen geht danach weiter auseinander. Im Westen und Norden Deutschlands ist die Lage besorgniserregend. Ohne die nötigen Investitionen drohen große Teile der Infrastruktur zu verfallen. Baden-Württemberg und Bayern sind die positive Ausnahmen. Der weit überwiegende Teil derer Kommunen realisiert schwarze Zahlen.
- Die regionalen Unterschiede spiegeln sich auch in der regionalen Entwicklung der öffentlichen Investitionsausgaben wider. Kommunen mit hohen Investitionen in Baden-Württemberg und Bayern (mit wenigen Ausnahmen) stehen Kommunen mit niedrigen Investitionen in weiten Teilen Westdeutschlands gegenüber, wie die DIW-Studie „Große regionale Disparitäten bei den kommunalen Investitionen“ (Arnold et al. 2015) eindrucksvoll zeigt.
- Der Bericht des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft (2015) verweist darauf, dass Forschung und Entwicklung (FuE) in Deutschland vor allem im Süden stattfindet. Die FuE-Hochburgen stärken die wirtschaftlich starken Regionen in Baden-Württemberg und Bayern. Beträchtliche private und öffentliche FuE-Investitionen und die weiter wachsende Bedeutung forschungsintensiver Wirtschaftszweige sichern diese Position ab.

Die Anmerkungen unterstreichen die Befunde des Sozio-ökonomischen Disparitätenberichts für Deutschland der FES für 2015.

Vorschläge zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen sind unzureichend

Die Ergebnisse des Sozioökonomischen Disparitätenberichts 2015 zeigen, dass das vom Grundgesetz vorgegebene Ziel der Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in der Praxis verfehlt wird. Die Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse ist ein eindeutiger Auftrag des Grundgesetzes an

die Politik. Sie ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die entschiedenes staatliches Handeln fordert.

In Bezug auf die Neuausrichtung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen und die bisher bekannten Vorschläge sind Zweifel angebracht, ob sie ausreichen, das Auseinanderdriften des Landes aufzuhalten und umzukehren. Es ist vielmehr zu befürchten, dass sich die Unwucht weiter verstärkt.

Im Gegensatz dazu hat die Friedrich-Ebert-Stiftung bereits 2013 (Eichel et al. 2013) einen Vorschlag zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen mit dem Ziel gemacht, die sozialen und ökonomischen Disparitäten abzubauen. Das Konzept umfasst drei Maßnahmen: So sollen die Kommunen bei den Aufgaben, die ihnen der Bund im Rahmen der Sozialgesetzgebung übertragen hat, finanziell entlastet werden. Der Vorschlag wurde vom ifo Institut Dresden (Ragnitz et al. 2014a, b, c) geprüft und für durchführbar befunden. Im zweiten Schritt wird eine neue „Gemeinschaftsaufgabe Regionale Daseinsvorsorge“ zur Sicherung der flächendeckenden Versorgung mit Gütern der öffentlichen Daseinsvorsorge vorgeschlagen. Der territoriale Zusammenhalt soll – im dritten Schritt – durch einen Ideenwettbewerb der Regionen, der riskante, resiliente und robuste Gemeinden zusammenbringt, gestärkt werden (Kersten et al. 2015a, b, c).

JOACHIM ALBRECHT¹

1

EINLEITUNG

Fragestellung

Die Friedrich-Ebert-Stiftung beschäftigt sich seit 2013 mit den sozioökonomischen Disparitäten in Deutschland (Eichel et al. 2013, 2014, 2015). Die Reform des Länderfinanzausgleichs bietet nach Auffassung der FES eine Chance, die wachsende Kluft zwischen Regionen im Sinne des grundgesetzlichen Gebots der Schaffung gleichwertiger Lebensverhältnisse zu thematisieren und neue politische Lösungen zur Erfüllung dieses Anspruchs zu erarbeiten.

Diese Studie geht der Frage nach, ob die im letzten Raumordnungsbericht des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) aus dem Jahr 2011 dargestellten Disparitäten anhand ausgewählter Indikatoren gewachsen und durch den demografischen Wandel und die Bevölkerungswanderungen verstärkt wurden oder ob sie zurückgegangen sind. In Ermangelung eines aktuellen Raumordnungsberichts des BBSR wird mit dieser Studie ein sozioökonomischer Disparitätenbericht auf Grundlage der Daten des BBSR vorgelegt. Der Bericht ist deutlich kürzer als der Raumordnungsbericht 2011. Trotzdem gelingt es, die angenommene wachsende Kluft zwischen den Regionen in Deutschland darzustellen.

Umsetzung

Diese Studie basiert auf Daten, die über den Onlineatlas INKAR vom BBSR zur Verfügung gestellt werden (www.inkar.de). Von den mehr als 500 zur Verfügung stehenden Indikatoren wurden 20 besonders aussagekräftige ausgewählt und daraus Karten erstellt, um räumliche Disparitäten, also regionale Unterschiede in Deutschland, darzustellen. Zu jeder Karte werden Analysen mit Blick auf räumliche Verteilung und zeitliche Veränderungen der regionalen Lebensverhältnisse, die sich seit dem letzten Raumordnungsberichts 2011 ergeben haben, erstellt. Dem Raumordnungsbericht 2011 lagen Daten von 2009 zugrunde. Für diesen Bericht wird auf die für die einzelnen Indikatoren jeweils aktuellsten Daten zurückgegriffen. In der Regel liegen die Daten für 2012 vor.

Der Raumordnungsbericht 2011 basiert auf aggregierten Karten zu verschiedenen Dimensionen der regionalen Lebensverhältnisse wie Demografie, Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Wohlstand (BBSR 2012: 21). Diese aggregierten Karten lassen sich mit INKAR online nicht rekonstruieren. Daher wurden in vorliegender Studie Karten für einzelne Indikatoren erstellt, die diesen aggregierten Daten des BBSR entsprechen.

Die Raumabgrenzung der Karten und der daraus abgeleiteten Analyse beziehen sich auf die 296 Landkreise und 106 kreisfreien Städte. Für beide Raumabgrenzungen wird in der Studie auch der Begriff „Kommune“ verwendet.

Die Einteilung der Werteklassen ist in der Regel gleichverteilt, deshalb lassen sich die Klassengrenzen auch so berechnen, dass jede Klasse in etwa die gleiche Anzahl Kreise enthält. Die räumliche Verteilung der Werteklassen wird auf den Karten durch Einfärbung in aufsteigender Farbtintensität leicht verständlich sichtbar gemacht. Die Streuung der Werte innerhalb der Klassen bleibt bei dieser Methode unberücksichtigt. Bei einzelnen Karten sind die Werteklassen an politisch gesetzten Zielwerten orientiert, um aufzuzeigen, welche Regionen diese Zielwerte erreichen und welche Regionen nicht. Dies wird im Text angegeben.

¹ Der Autor dankt Philipp Fink, Christina Kempf und Heinrich Tiemann für die wertvollen Hinweise zu diesem Text.

2

ANALYSE

2.1 TEILBEREICH WIRTSCHAFT

Die Wirtschaft in Deutschland ist durch ein Süd-Nord-Gefälle geprägt und auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung besteht das West-Ost-Gefälle weiter fort.

Die Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung basiert auf den Indikatoren Bruttoinlandsprodukt, wissensintensive unternehmensbezogene Dienstleistungen und Beschäftigte in Forschung und Entwicklung (FuE). Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) je Erwerbsperson gilt als Maß für die ökonomische Leistungsfähigkeit einer Region. Es drückt die Wirtschaftsverhältnisse einer Region aus und gilt als Indikator für den Wohlstand. Die Anteile der Beschäftigten in wissensintensiven unternehmensbezogenen Dienstleistungsbranchen gelten als Indikator für die Sicherung von Entwicklungspotenzialen und für die Wettbewerbsfähigkeit einer Region.

Im Zeitverlauf zeigt sich über die Indikatoren hinweg eine Verstärkung der Süd-Nord- und West-Ost-Unterschiede. Die boomenden Kreise gewinnen weiter an Wirtschaftskraft, die schwachen Regionen können diesen Vorsprung nicht aufholen.

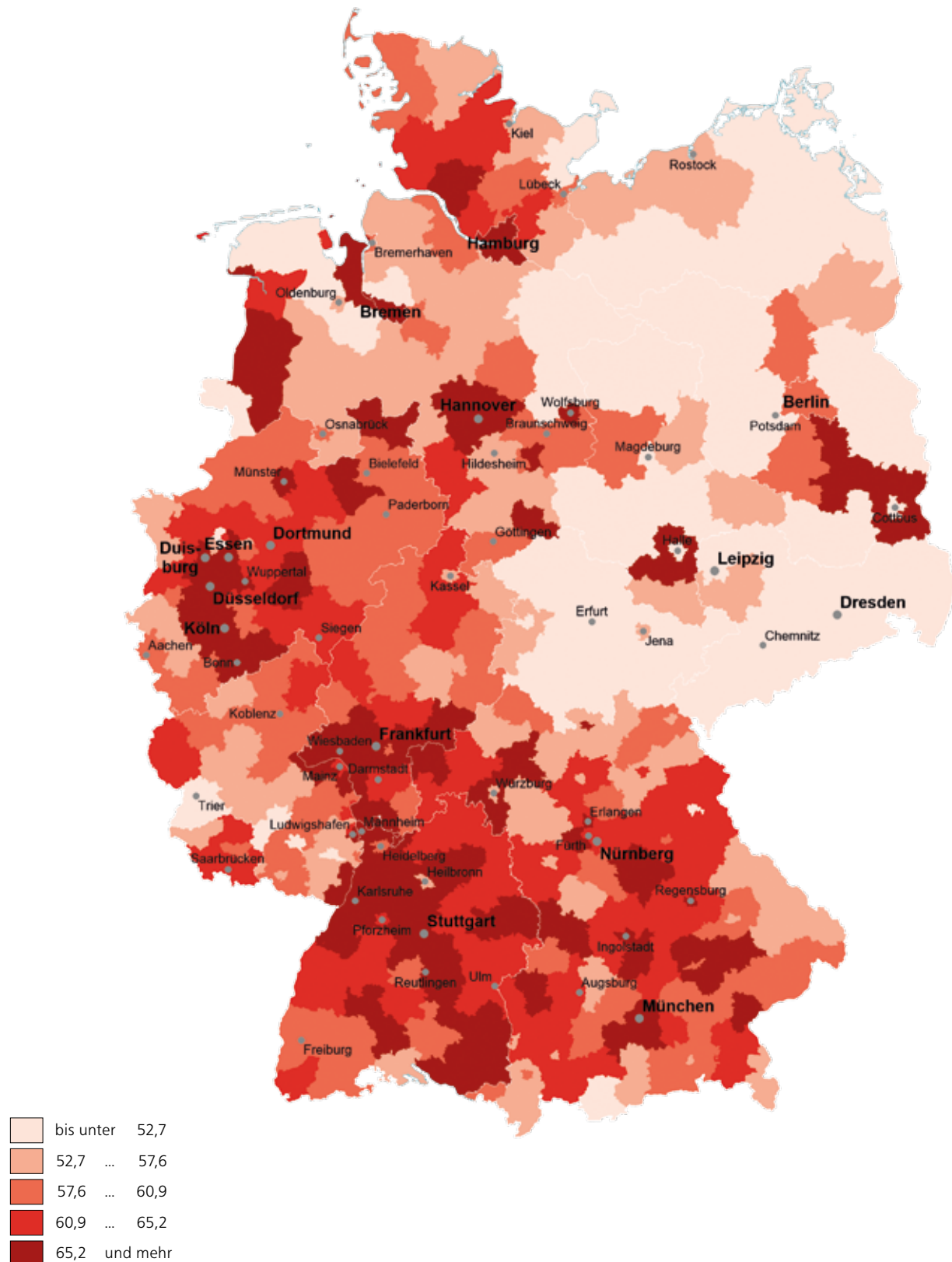
2.1.1 BRUTTOINLANDSPRODUKT

Bezüglich des Bruttoinlandsprodukts (BIP) je Erwerbsperson bestehen nach wie vor sehr große Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland (vgl. Karte 1). Im Westen des Landes liegt das BIP nahezu flächendeckend auf einem höheren Niveau als im Osten Deutschlands. Das Durchschnitts-BIP liegt in Westdeutschland um 26,6 Prozent höher als in den östlichen Ländern. Der Unterschied beträgt 2012 bis zu 78.200 Euro pro Kopf, wenn man das höchste BIP pro Erwerbsperson von Ingolstadt in Bayern (117.800 Euro) mit dem niedrigsten BIP pro Kopf in Eisenach in Thüringen (39.600 Euro) vergleicht. Die Ausnahmen in Ostdeutschland bilden einzelne „Inseln“ in den Agglomerationen um Berlin, Cottbus und Halle/Saale, wie z. B. dem Saalekreis, in dem das BIP je Erwerbsperson über 65.200 Euro liegt.

Doch dieses Gefälle ist kein reines West-Ost-Phänomen. Viele Kreise in Westdeutschland liegen bei einem ähnlich niedrigen Bruttoinlandsprodukt wie im Osten Deutschlands. Dazu gehören in Niedersachsen die Landkreise Gifhorn, Lüchow-Dannenberg, Lüneburg, Aurich, Osterholz, Friesland, Grafschaft Bentheim, Ammerland, Wittmund und die kreisfreie Stadt Delmenhorst. In Schleswig-Holstein zählen der Landkreis Ostholstein, in Nordrhein-Westfalen die Stadt Bottrop, in Rheinland-Pfalz die Landkreise Trier-Saarburg und Kusel, die kreisfreien Städte Trier, Kaiserslautern und Neustadt an der Weinstraße und in Bayern der Landkreis Garmisch-Partenkirchen und die kreisfreie Stadt Weiden in der Oberpfalz dazu. Die Regionen mit einem sehr hohen BIP liegen schwerpunktmäßig in Agglomerationsräumen in Bayern, Baden-Württemberg, Nordrhein-Westfalen und Hessen. Die Regionen mit sehr hohem BIP in Nord- und Ostdeutschland dagegen sind räumlich verstreut.

Die Entwicklung von 2009 bis 2012 zeigt eine nahezu flächendeckende Erhöhung des Bruttoinlandsprodukts. Die Erhöhung des BIP verlief aber in unterschiedlichem Maße: In Regionen mit hohem BIP fiel die Steigerung meistens höher aus als in Regionen mit niedrigerem BIP, obwohl das zu vergrößernde Ausgangsniveau bei wirtschaftsschwachen Regionen geringer und somit höhere Wachstumsraten leichter zu erreichen waren. Daran ändern auch Ausnahmen in der Entwicklung in Kreisen und kreisfreien Städten nichts, in denen zwar eine hohe Steigerung des BIP um mehr als 15 Prozent verzeichnet werden konnte, aber das BIP trotz dieser Erhöhung auf einem sehr niedrigen Niveau verharrte, weil die Ausgangslage in 2009 unterdurchschnittlich niedrig war. Dies betrifft Kommunen und Kreise in Thüringen (Stadt Jena, Wartburgkreis, Weimarer Land, Saale-Holzland-Kreis, Kyffhäuserkreis), in Mecklenburg-Vorpommern (Landkreis Rostock, Nordwestmecklenburg, Ludwigslust-Parchim) und in Brandenburg (Teltow-Fläming, Uckermark). Bei bleibendem Produktivitätsrückstand im Osten Deutschlands bestehen die regionalen Disparitäten weiter. Die Kluft zwischen wirtschaftsstarken und -schwachen Regionen wird sich verstärken.

Karte 1
Bruttoinlandsprodukt in 1.000 Euro je Erwerbstätigen
 Kreise und kreisfreie Städte, 2012



Quelle: BBSR Bonn 2015. Datengrundlage: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder, Eurostat Regio Datenbank.

2.1.2 WISSENSINTENSIVE UNTERNEHMENS- BEZOGENE DIENSTLEISTUNGEN

Ein wesentlicher Grund für die unterschiedliche wirtschaftliche Leistungsfähigkeit ist die unterschiedliche Ausstattung mit zukunftsgerichteten, innovationsorientierten Dienstleistungen in den Regionen, wie z. B. Unternehmensberatung, Informationstechnologie, Datenverarbeitung und Werbung etc. Diese Dienstleistungen konzentrieren sich auf Ballungsgebiete und kreisfreie Städte. Es bestehen Stadt-Land-Gefälle, aber auch West-Ost-Unterschiede.

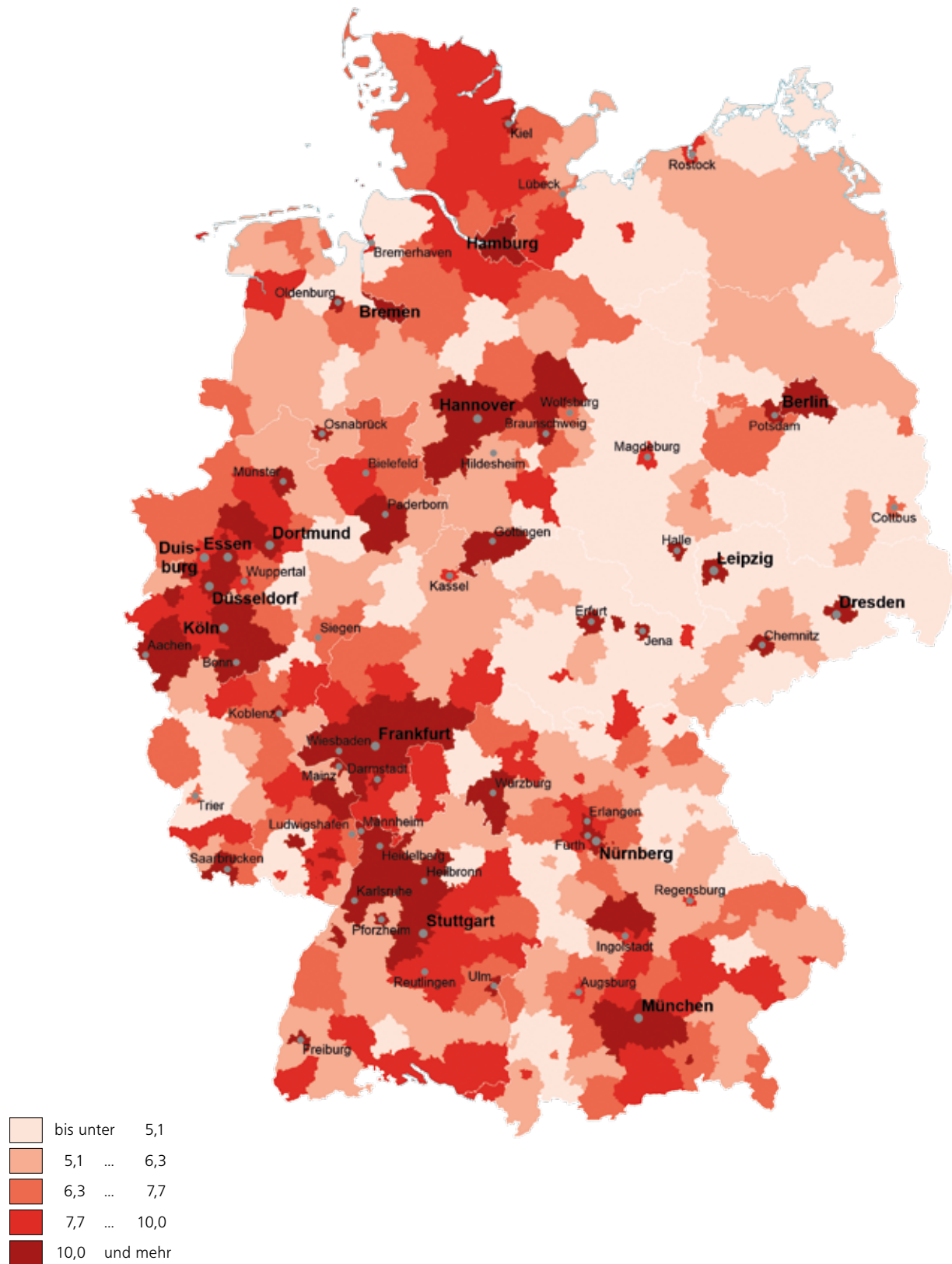
In Ostdeutschland ist der Anteil der Beschäftigten in wissensintensiven Dienstleistungsbetrieben in den Landkreisen nahezu flächendeckend sehr gering (vgl. Karte 2) mit großen Stadt-Land-Unterschieden. Nur in kreisfreien Städten wie Jena, Erfurt, Halle, Weimar, Leipzig, Dresden, Chemnitz und Potsdam liegt der Beschäftigtenbesatz über zehn Prozent. In Westdeutschland liegen die Schwerpunkte besonders in den Ballungsgebieten von Ruhrgebiet, Rhein-Main, Rhein-Neckar, Großraum München sowie in städtisch geprägten Landkreisen in Niedersachsen, (Hannover, Braunschweig, Paderborn, Göttingen), der Städteregion Aachen und dem Regionalverband Saarbrücken.

Von 2009 bis 2012 ist die Entwicklung der wissensintensiven unternehmensbezogenen Dienstleistungen unterschiedlich verlaufen. Vor allem Regionen mit einem sehr hohen Beschäftigtenbesatz konnten diesen weiter erhöhen. Von Beschäftigtenabbau dagegen waren besonders stark die Regionen in Niedersachsen (Emden, Osterode, Cuxhaven, Heidekreis), Nordrhein-Westfalen (Märkischer Kreis, Soest), Hessen (Waldeck-Frankenberg), Rheinland-Pfalz (Zweibrücken, Altkirchen, Vulkaneifel, Kaiserslautern), Baden-Württemberg (Tuttlingen) und Bayern (Dingolfing-Landau, Amberg-Weizbach, Hof, Lichtenfels, Ansbach, Rhön-Grabfeld, Donau-Ries) betroffen, die bereits einen sehr geringen Anteil von Beschäftigten in diesen Branchen hatten. Auch in Ostdeutschland ist der Anteil in allen Kreisen mit niedrigem Besatz weiter zurückgegangen.

Forschung und Entwicklung ist ein wichtiger Teilbereich der wissensintensiven unternehmensbezogenen Dienstleistungen. Die Daten des BBSR zeigen (hier ergänzend ausgeführt), dass die Regionen mit sehr hohen Anteilen von Beschäftigten in FuE sich in Westdeutschland konzentrieren und dort in den Ballungsräumen in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Baden-Württemberg und Bayern. In Ostdeutschland werden nur in den kreisfreien Städten Dresden, Eisenach und Jena sowie im Landkreis Teltow-Fläming sehr hohe Anteile erreicht. Von 2009 bis 2011 konnten die Beschäftigtenzahlen in FuE überwiegend nur in den starken Regionen in Bayern und Baden-Württemberg erhöht werden. Die bestehenden Unterschiede wurden dadurch weiter zementiert.

Karte 2

Anteil der SV-Beschäftigten in wissensintensiven unternehmensbezogenen Dienstleistungsbranchen (WZ 2008) in %
 Kreise und kreisfreie Städte, 2012



Quelle: BBSR Bonn 2015. Datengrundlage: Beschäftigungsstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

2.2 TEILBEREICH ARBEITSMARKT

Die Entwicklungen am Arbeitsmarkt sind ein wichtiger Zeiger für die Prosperität von Regionen. Sie bilden die wirtschaftliche Situation vor Ort ab. Das Angebot von Arbeitsplätzen ist ein Grund für Zu- und Wegzug in oder aus einer Region und ein Gradmesser für die Beschäftigungsperspektiven junger Menschen. Um die Unterschiede innerhalb Deutschlands in Bezug auf den Arbeitsmarkt zwischen den Regionen zu betrachten, werden die Indikatoren Arbeitslosenquote, Arbeitsplatzwanderung, der Anteil von Personen ohne Schulabschluss und der Anteil hoch qualifizierter Beschäftigter verglichen.

Die Arbeitslosenquote gilt als ein wesentlicher Indikator des Arbeitsmarktes. Sie zeigt die Möglichkeiten an, die eine regionale Wirtschaftsstruktur und -entwicklung für die dortigen Menschen an Arbeitsplätzen und somit auch für den Lebensunterhalt bereithält. Eine Arbeitslosenquote bis drei Prozent gilt als Vollbeschäftigung (Kawka 2015: 78). Diese Quote wurde bei der Klasseneinteilung berücksichtigt und als Klassengrenze gewählt.

Die Arbeitsplatzwanderung ist ein ergänzender Indikator zur Arbeitslosenquote. Nicht selten wird besonders in Regionen mit eigentlich hoher Arbeitslosigkeit die Quote durch Abwanderung gesenkt, sodass sich die negative Entwicklung durch den Bevölkerungsrückgang fortsetzt. Der besondere Blickwinkel auf die Arbeitsplatzwanderung der Altersgruppe der 25- bis 30-Jährigen wird unter anderem damit begründet, dass sie die mobilste Altersgruppe ist (Berlin Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2015: 17).

Schulabbrecher_innen ohne Hauptschulabschluss sind ein Indikator für die Bildungsversorgung in einer Region. Sie geben auch Hinweise auf das regionale Qualifikationspotenzial von Schulabsolvent_innen, die dem Arbeitsmarkt als Neuzugänge zur Verfügung stehen.

Eine leistungsfähige Wissensgesellschaft zeichnet sich durch ein gutes Bildungssystem und ein hohes Qualifikationsniveau der Beschäftigten aus. Der Indikator der hoch qualifizierten Beschäftigten wird aus den versicherungspflichtig Beschäftigten gebildet, die eine höhere Fachschule, Fachhochschule, Hochschule oder Universität erfolgreich abgeschlossen haben. Auch wenn damit nur 65 bis 85 Prozent der Erwerbstätigen erfasst werden, gilt er als Maßstab für die dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehenden Arbeitsplätze für hoch qualifizierte Personen.

Insgesamt wird deutlich, dass sich die räumlichen Disparitäten für den Arbeitsmarkt über den betrachteten Zeitraum nochmals verstärkt haben.

2.2.1 ARBEITSLOSENQUOTE

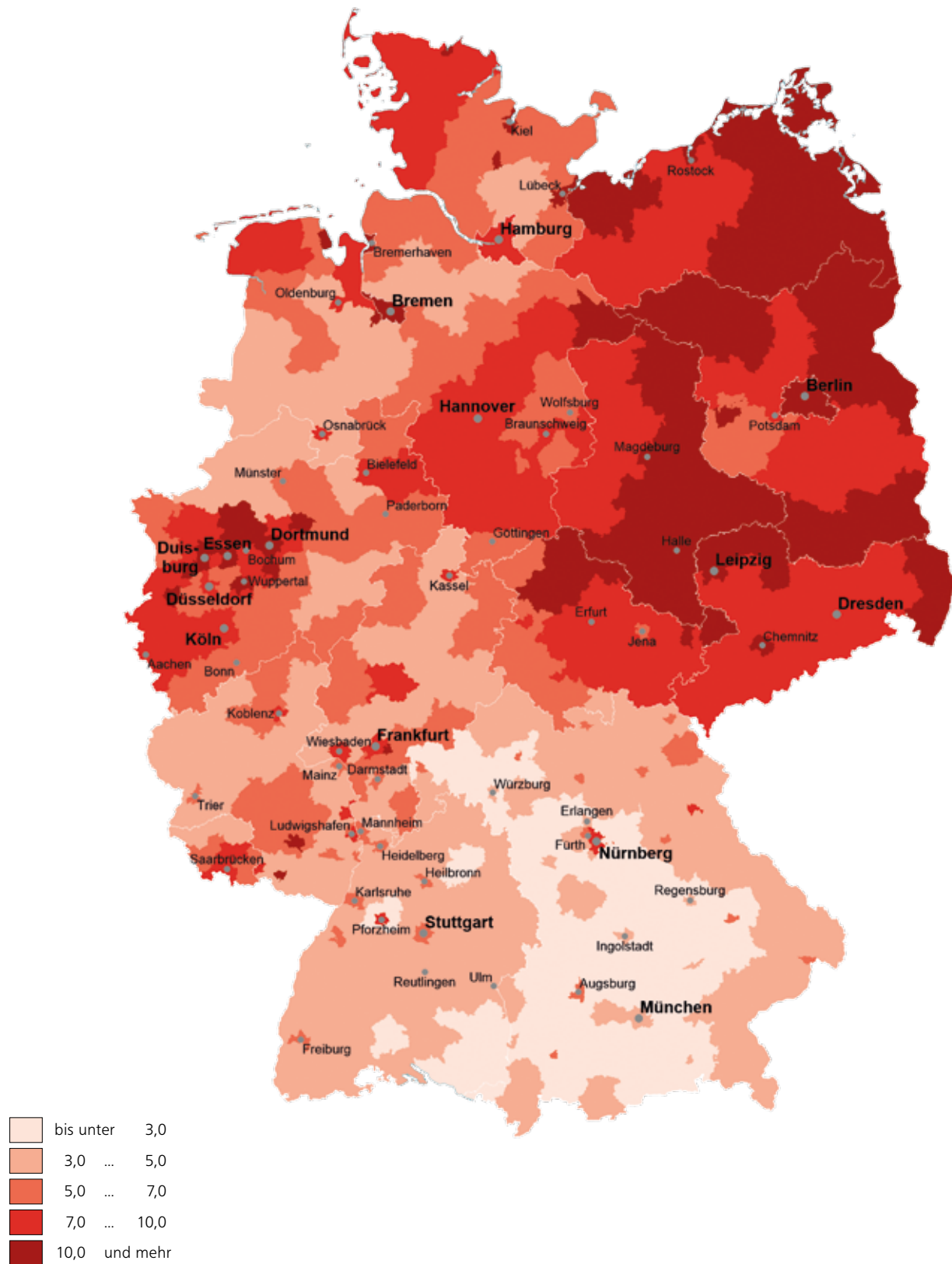
Auf Karte 3 wird deutlich, dass Deutschland in Bezug auf die Arbeitslosenquote durch ein West-Ost- und Süd-Nord-Gefälle dreigeteilt ist. Ostdeutschland ist nach wie vor von einer sehr hohen Arbeitslosigkeit geprägt. Dort lag die durchschnittliche Arbeitslosenquote im Jahr 2012 bei 10,7 Prozent, in Westdeutschland bei 5,9 Prozent. Positiver Ausreißer ist der Landkreis Sonneberg in Thüringen. Hier sank die Arbeitslosenquote von 2009 bis 2012 um vier Prozentpunkte von 8,5 auf 4,5 Prozent. In Thüringen ist die Arbeitslosenquote von 2009 bis 2012 am stärksten zurückgegangen. Dennoch liegt die Arbeitslosenquote im Osten des Landes mit Ausnahme des Kreises Potsdam-Mittelmark (Brandenburg) und der kreisfreien Stadt Jena (Thüringen) bei über sieben Prozent. Landkreise und Städte mit Arbeitslosenquoten von zehn Prozent und darüber konzentrieren sich in Ostdeutschland, besonders in Sachsen-Anhalt. Im Süden Deutschlands, also in den Ländern Bayern und Baden-Württemberg, ist die Arbeitslosenquote dagegen mit bis zu unter fünf Prozent niedrig. Ausnahmen sind kreisfreie Städte wie Weiden in der Oberpfalz, Bayreuth, Hof, Nürnberg oder Fürth und die Landkreise Wunsiedel im Fichtelgebirge und Pforzheim, in denen die Arbeitslosenquote über fünf Prozent liegt. In vielen Kreisen Süddeutschlands liegt die Arbeitslosenquote aber unter drei Prozent, womit Vollbeschäftigung erreicht ist. In den übrigen westdeutschen Ländern liegt die Arbeitslosenquote 2012 auf mittlerem Niveau, mit den Ausnahmen des Ruhrgebiets und der Nordseeküste, wo sie sehr hoch ist, wie z. B. in Wilhelmshaven 12,3 Prozent, Duisburg 12,8 Prozent, Oberhausen 11,7 Prozent und Gelsenkirchen 14,3 Prozent.

Ein deutliches Gefälle ist auch zwischen Stadt und Land zu sehen: In kreisfreien Städten ist die Arbeitslosenquote meist höher als in den Landkreisen, oftmals liegt sie über zehn Prozent. Davon sind auch die Stadtstaaten Bremen und Berlin betroffen.

Daten zur Frauenarbeitslosenquote liegen nur für das Jahr 2012 vor. Es kann daher keine Entwicklung aufgezeigt werden. Ein Vergleich zur Arbeitslosenquote aller Erwerbspersonen im Jahr 2012 zeigt, dass es keine großen Unterschiede gibt. Allerdings sollte hier mitberücksichtigt werden, dass „nicht erwerbstätige Frauen mit Erwerbswunsch sich häufiger als Männer vom Arbeitsmarkt zurückziehen, sich nicht arbeitslos melden und dementsprechend nicht in der Arbeitslosenstatistik erfasst werden“ (BMFSFJ 2013: 64).

Insgesamt ist die Arbeitslosenquote von 2009 bis 2012 deutschlandweit zurückgegangen. Die bestehenden räumlichen Differenzen mit klarem West-Ost-Gefälle und Süd-Nord-Gefälle bleiben dennoch bestehen. Zwar konnten in einigen Landkreisen und kreisfreien Städten in Ostdeutschland die Arbeitslosenquoten um mehr als 3,5 Prozentpunkte verringert werden, die hohe bis sehr hohe Arbeitslosenquote bleibt in östlichen Ländern jedoch bestehen. Hinzu kommt, dass in Regionen in Baden-Württemberg und Bayern die Arbeitslosigkeit so weit zurückgegangen ist, dass die Anzahl der Landkreise, in denen Vollbeschäftigung herrscht, zugenommen hat.

Karte 3
Anteil der Arbeitslosen an den zivilen Erwerbspersonen in %
 Kreise und kreisfreie Städte, 2012



Quelle: BBSR Bonn 2015. Datengrundlage: Statistik der Bundesagentur für Arbeit, Eurostat Regio Datenbank.

2.2.2 ARBEITSPLATZWANDERUNG

Karte 4 zeigt die räumliche Verteilung der Wanderungen und die Regionen des Zuzugs bzw. Wegzugs. Die Arbeitsplatzwanderung, also die Binnenwanderung junger Menschen zwischen 25 und 30 Jahren, die für einen Beschäftigungsaufnahme umziehen, ist ein deutschlandweites Phänomen, wobei insbesondere die Metropolregionen in Westdeutschland eine hohe Anziehungskraft auf die jungen Menschen ausüben und sie zur Wanderung bewegen.

Auch kreisfreie Städte außerhalb der Ballungsgebiete wie Regensburg, Hof und Memmingen (Bayern), Koblenz, Frankenthal und Speyer (Rheinland-Pfalz) und ihre umliegenden Landkreise können relativ starke Zuwächse der Arbeitsplatzwanderung verzeichnen. Zuzugsregionen mit hoher Zuwanderung im Osten Deutschlands sind der Landkreis Oberhavel in Brandenburg und die kreisfreien Städte Potsdam, Dresden und Leipzig.

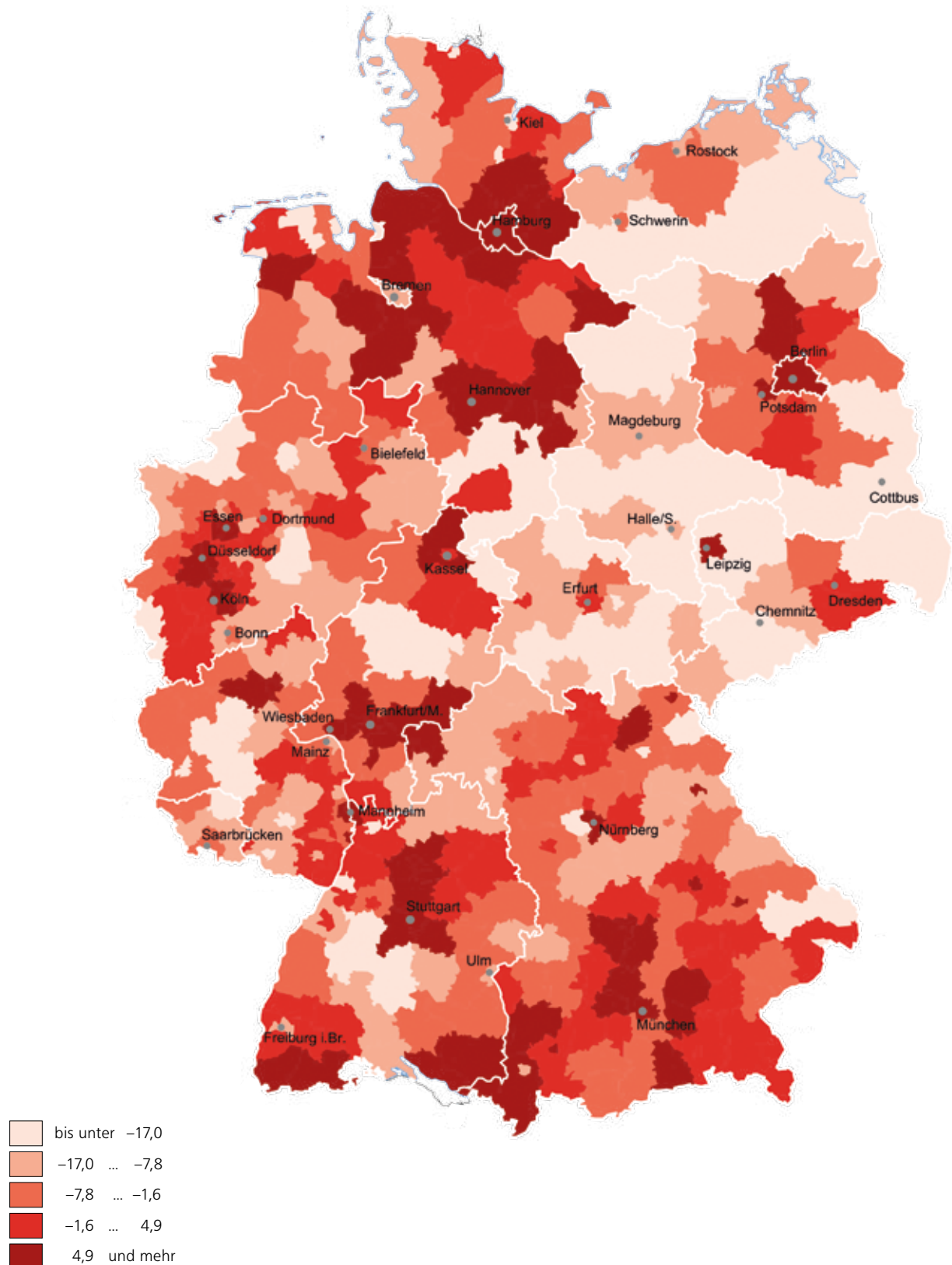
Weite Teile Ostdeutschlands sind jedoch von extrem starker Abwanderung dieser Altersgruppe betroffen, sie verlieren jährlich im Schnitt zwei bis drei Prozent ihrer jungen Bevölkerung, mit Extremen wie z. B. der Landkreis Harz 4,8 Prozent oder die Stadt Suhl 6,8 Prozent. Auch in Westdeutschland gibt es ländliche Regionen, aus denen die jungen arbeitssuchenden Menschen abwandern. Dieses Phänomen trifft zudem auf viele Universitätsstädte in Ost und West zu – nach ihrer Ausbildung und auf der Suche nach einem Arbeitsplatz ziehen viele Studierende weg. Das Potenzial der Akademiker_innen bleibt also nicht vor Ort, weil es an Beschäftigungsmöglichkeiten fehlt.

Bei einer geschlechterdifferenzierten Betrachtung der Arbeitsplatzwanderung wird deutlich, dass Männer und Frauen aufgrund ihrer Berufswahl und angebotener Arbeitsstellen unterschiedliche Wanderungsziele haben. Ein sehr großer Unterschied zeigt sich darin, dass sehr viel mehr Männer dieser Altersklasse aus den ostdeutschen Ländern wegziehen als Frauen. Ein weiterer Unterschied ist der, dass Ballungsgebiete und Städte verstärkt Männer anziehen, während Frauen stärker in umliegende Landkreise mit Zuzug wandern.

Von 2009 bis 2012 ist in kreisfreien Städten, die von starker Abwanderung betroffen waren, diese weiter gestiegen. Der negative Trend setzt sich fort. Nur in Passau und Bayreuth (Bayern) ist die relativ hohe Abwanderungsquote kleiner geworden. Zwar konnte in 21 Landkreisen in Ostdeutschland und fünf Landkreisen in Westdeutschland die extrem hohe Abwanderung abgeschwächt werden, sie bleibt aber auf einem relativ hohen Niveau. Gleichzeitig konnten Regionen mit positiver Wanderung, vor allem in Bayern und Baden-Württemberg, diese weiter erhöhen. Die wirtschaftsstarken Regionen im Süden entwickeln eine Sogwirkung für Arbeitsplatzzuchende, durch die sich die regionalen Disparitäten bei gleichbleibender Entwicklung vergrößern werden.

Karte 4

Binnenwanderungssaldo der Einwohner_innen von 25 bis unter 30 Jahren je 1.000 Einwohner_innen der Altersgruppe
 Kreise und kreisfreie Städte, 2012



Quelle: BBSR Bonn 2015. Datengrundlage: laufende Raumbeobachtung der BBSR, Wanderungsstatistik des Bundes und der Länder. Geometrische Grundlage: BKG, Kreise 31.12.2013.

2.2.3 SCHULABGÄNGER_INNEN OHNE ABSCHLUSS

Der Anteil der Schüler_innen, die die Schule ohne Hauptschulabschluss verlassen, ist zum einen ein Bildungsindikator. Er ist zum anderen auch ein Frühwarnindikator für den Arbeitsmarkt. Jugendliche ohne Hauptschulabschluss haben Schwierigkeiten, einen Ausbildungsplatz zu erhalten, einen Beruf zu erlernen und in den ersten Arbeitsmarkt einzusteigen. Eine Schulabbrecher_innenquote von maximal zehn Prozent ist erklärtes Ziel in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung (Kawka 2015: 78). Diese Zehn-Prozent-Marke wurde in Karte 5 als Klassengrenze gewählt.

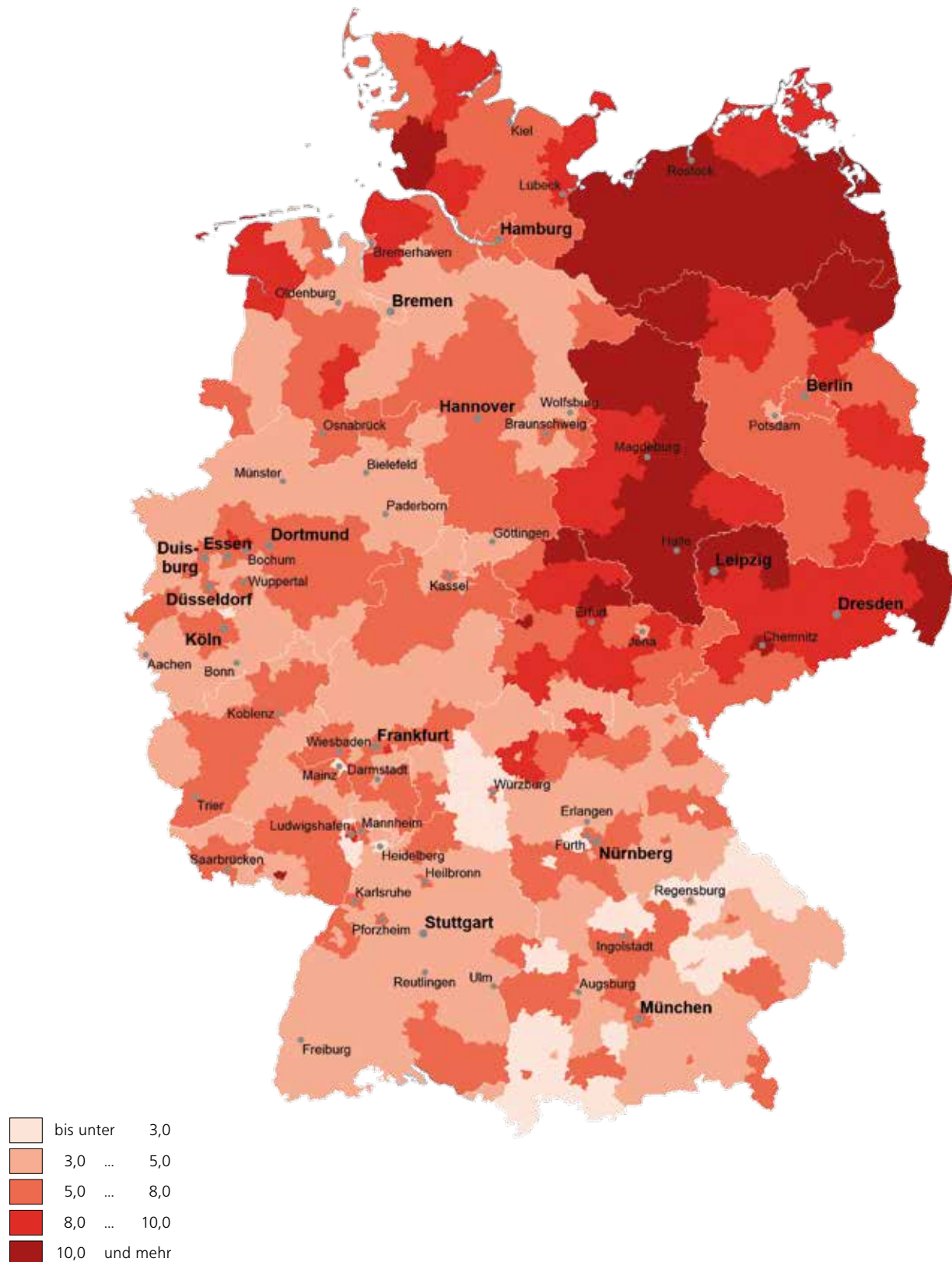
Es wird deutlich, dass vor allem in den ostdeutschen Ländern, insbesondere in Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt, eine sehr hohe Schulabbrecher_innenquote anzutreffen ist. Auch im Landkreis Dithmarschen in Schleswig-Holstein und in der kreisfreien Stadt Pirmasens in Rheinland-Pfalz lag diese Quote im Jahr 2012 über zehn Prozent. Hier hat sich die Quote von 2009 bis 2012 um drei Prozentpunkte erhöht. Die Entwicklung der Quoten von 2009 bis 2012 war zwischen Ost und West unterschiedlich. Während im Westen in den allermeisten Landkreisen und kreisfreien Städten die Abbrecher_innenquoten reduziert werden konnten, ist sie im Osten des Landes in den meisten Landkreisen und Städten weiter gestiegen. In den Landkreisen Mansfeld-Südharz und Altmarkkreis Salzwedel (Sachsen-Anhalt) verließen mehr als 15 Prozent der Jugendlichen die Schule ohne Hauptschulabschluss.

Bei einer geschlechterdifferenzierten Betrachtung fällt auf, dass in der Vergangenheit deutlich mehr männliche Jugendliche die Schule ohne Abschluss verlassen haben als weibliche. Im Zeitverlauf von 2009 bis 2012 ging der männliche Anteil der Abbrecher_innen aber zurück, womit sich ein Trend zur Angleichung der Schulabgänger_innen ohne Abschluss zwischen Männern und Frauen abzeichnet.

Durch die zum Teil sehr gegensätzliche Entwicklung zwischen Ost und West bleiben jedoch bisherige Unterschiede bestehen.

Karte 5

Anteil der Schulabgänger_innen ohne Hauptschulabschluss an den Schulabgänger_innen in %
 Kreise und kreisfreie Städte, 2012



Quelle: BBSR Bonn 2015. Datengrundlage: Statistik der allgemeinbildenden Schulen des Bundes und der Länder.

2.2.4 HOCH QUALIFIZIERTE BESCHÄFTIGTE

In Deutschland bestehen räumliche Unterschiede in der Quote der hoch qualifizierten Beschäftigten. Diese äußern sich weniger in West-Ost-, sondern besonders in Stadt-Land-Unterschieden (vgl. Karte 6). In Städten und Ballungsgebieten ist das Arbeitsplatzangebot für Beschäftigte mit hohem Qualifikationsniveau generell größer als in den Landkreisen.

Es fällt auf, dass in den ostdeutschen Ländern die Quote der Beschäftigten mit hoher Qualifikation im Jahr 2012 allgemein mit 7,4 Prozent auf einem höheren Niveau als in Westdeutschland mit 6,7 Prozent lag. Auch waren die Unterschiede zwischen den einzelnen Landkreisen und kreisfreien Städten dort nicht ganz so ausgeprägt wie in westdeutschen Ländern. In Westdeutschland lag die Quote zwischen 3,7 Prozent in Schleswig-Holstein und 7,0 Prozent in Baden-Württemberg. In den ostdeutschen Ländern bewegte sie sich zwischen 5,5 Prozent in Sachsen-Anhalt und 7,7 Prozent in Sachsen.

Betrachtet man nur die Landkreise, werden die Unterschiede noch deutlicher: In den rheinland-pfälzischen Landkreisen war die durchschnittliche Quote mit 2,4 Prozent am niedrigsten, in Baden-Württemberg mit 5,2 Prozent am höchsten. In den ostdeutschen Landkreisen war die Spanne nicht ganz so weit, sie lag zwischen 4,2 Prozent in Brandenburg und 5,7 Prozent in Sachsen.

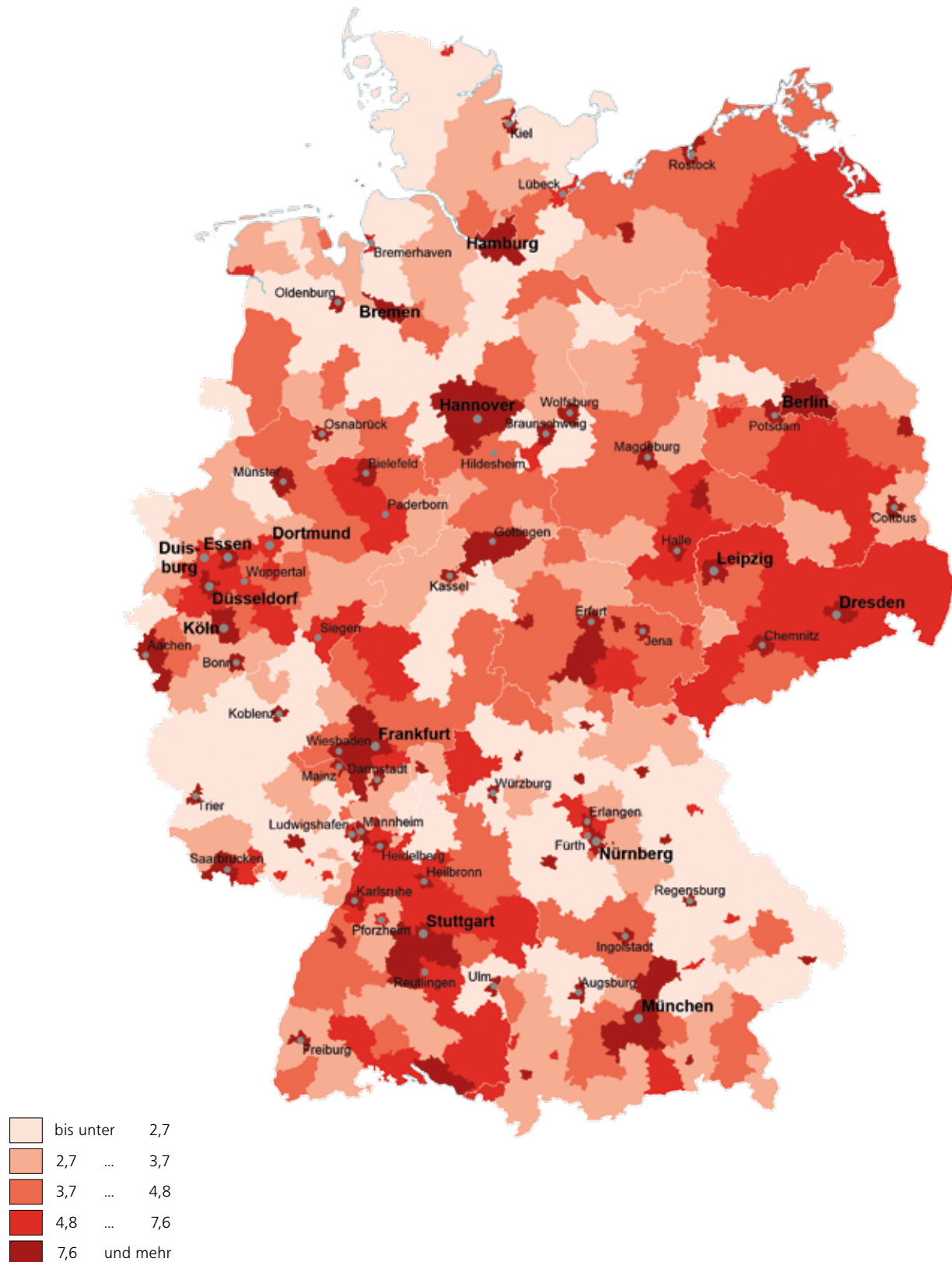
Bei einer geschlechterdifferenzierten Betrachtung wird deutlich, dass die relativ hohen Quoten in den ostdeutschen Ländern den weiblichen Beschäftigten zuzuschreiben sind. Hier wirken noch die Bildungskarrieren der DDR nach (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2015: 24): höhere Bildungsabschlüsse und berufliche Qualifikation der Frauen mit hoher Erwerbsorientierung im gehobenen Dienstleistungssektor. Hier sind Ost-West-Unterschiede sehr ausgeprägt. Die Frauenquote der hoch qualifizierten Beschäftigten lag in Westdeutschland im Jahr 2012 in Rheinland-Pfalz mit durchschnittlich 3,3 Prozent am niedrigsten, in Hessen mit durchschnittliche 5,6 Prozent am höchsten. In Ostdeutschland bewegte sich die Quote zwischen durchschnittlich 5,8 Prozent in Brandenburg und 8,2 Prozent in Sachsen.

Die Entwicklung von 2009 bis 2012 zeigt, dass zwar mit Ausnahme von drei Kommunen (Zweibrücken und Germersheim in Rheinland-Pfalz, Prignitz in Brandenburg) die Quote der hoch qualifizierten Beschäftigten überall gestiegen ist, in den Städten und Landkreisen, die bereits im Jahr 2009 eine relativ hohe Quote hatten, stärker als in Landkreisen mit geringer Quote.

Die Tatsache, dass immer mehr junge Menschen studieren und die Nachfrage nach hoch qualifizierten Arbeitskräften in Städten und Ballungsgebieten groß ist, wird dazu führen, dass Städte aufgrund der besseren Beschäftigungsmöglichkeiten eine große Anziehungskraft ausüben und die Unterschiede zulasten der ländlich peripheren Landkreise weiter wachsen werden.

Karte 6

SV-Beschäftigte mit hoher Qualifikation je 100 Einwohner_innen im erwerbsfähigen Alter
 Kreise und kreisfreie Städte, 2012



Quelle: BBSR Bonn 2015. Datengrundlage: Beschäftigtenstatistik der Bundesagentur für Arbeit.

2.3 TEILBEREICH WOHLSTAND

Wohlstand umfasst im regionalökonomischen Sinne den Grad der Versorgung von Personen, privaten Haushalten oder der gesamten Gesellschaft mit Gütern und Dienstleistungen. Im Folgenden werden wie im Raumordnungsbericht 2011 die Haushaltseinkommen, Schuldner_innenquote, SGB-II- und Kinderarmutquote betrachtet.

Der Indikator Verfügbares Haushaltseinkommen gibt Auskunft über die Höhe der monatlichen durchschnittlichen Haushaltseinkommen. Die private Schuldner_innenquote gilt als Indikator für drohende oder reale Armut. Die SGB-II-Quote gibt Auskunft über den Anteil der Arbeitslosen, die Leistungen der Grundsicherung in Anspruch nehmen, um ihren Lebensunterhalt bestreiten zu können. Unter Arbeitslosen nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) werden arbeitsfähige und arbeitssuchende Erwerbspersonen verstanden, die beispielsweise schon längere Zeit keiner Erwerbsarbeit mehr nachgegangen sind oder deren Einkommen nicht zum Lebensunterhalt ausreicht. Landläufig wird diese Unterstützung auch als Grundsicherung, Arbeitslosengeld II oder Hartz IV bezeichnet, wobei es sich in diesem Falle nur um die arbeitsfähigen und -suchenden Erwerbspersonen, nicht um Kinder, Rentner_innen oder Kranke handelt.

Der Indikator Kinderarmut zielt auf den Anteil der Kinder unter 15 Jahren, die Grundsicherung beziehen. Kinder, die unter prekären Verhältnissen aufwachsen, haben schlechte Chancen auf Teilhabe an Bildung und Ausbildung. Außerdem besteht eine höhere Wahrscheinlichkeit, dass sie als Erwachsene selber arm sind.

Es bestehen Korrelationen zwischen der wirtschaftlichen Situation, dem Arbeitsmarkt und dem Wohlstandsniveau von Regionen. In Kreisen mit geringer wirtschaftlicher Leistung und einer schlechten Arbeitsplatzsituation finden sich häufiger Haushalte mit geringem Einkommen und mehr verschuldete Haushalte. Ebenfalls sind dort mehr Menschen auf Grundsicherung angewiesen und mehr Kinder leben in Armut.

2.3.1 HAUSHALTSEINKOMMEN

In der Höhe der monatlichen durchschnittlichen Haushaltseinkommen bestehen starke regionale Disparitäten zwischen Ost und West. Darüber hinaus finden sich zum Teil sehr große Unterschiede zwischen kreisfreien Städten und Landkreisen, wobei in den Städten das durchschnittliche Einkommen oftmals niedriger ist als in den Landkreisen (vgl. Karte 7). Das monatliche Durchschnittshaushaltseinkommen für Deutschland lag 2012 bei 1.708 Euro.

In Ostdeutschland lag das zur Verfügung stehende Einkommen auf einem erheblich niedrigeren Niveau als im Westen Deutschlands, was auch durch die noch bestehenden Gehaltsunterschiede bedingt ist. Das durchschnittliche Haushaltseinkommen in den östlichen Ländern betrug im Jahr 2012 rund 300 Euro im Monat oder ca. 18 Prozent weniger als in den westlichen. Doch weisen im Westen einige Kreise und kreisfreie Städte ebenfalls unterdurchschnittliche Haushaltseinkommen aus. Neben dem Ruhrgebiet fallen die Einkommen der Haushalte in den Landkreisen Leer, Grafschaft Bentheim (Niedersachsen), Heinsberg (Nordrhein-Westfalen) und Merzig-Wadern (Saarland) mit einem Durchschnittshaushaltseinkommen von 1.400 bis 1.500 Euro im Monat sehr niedrig aus.

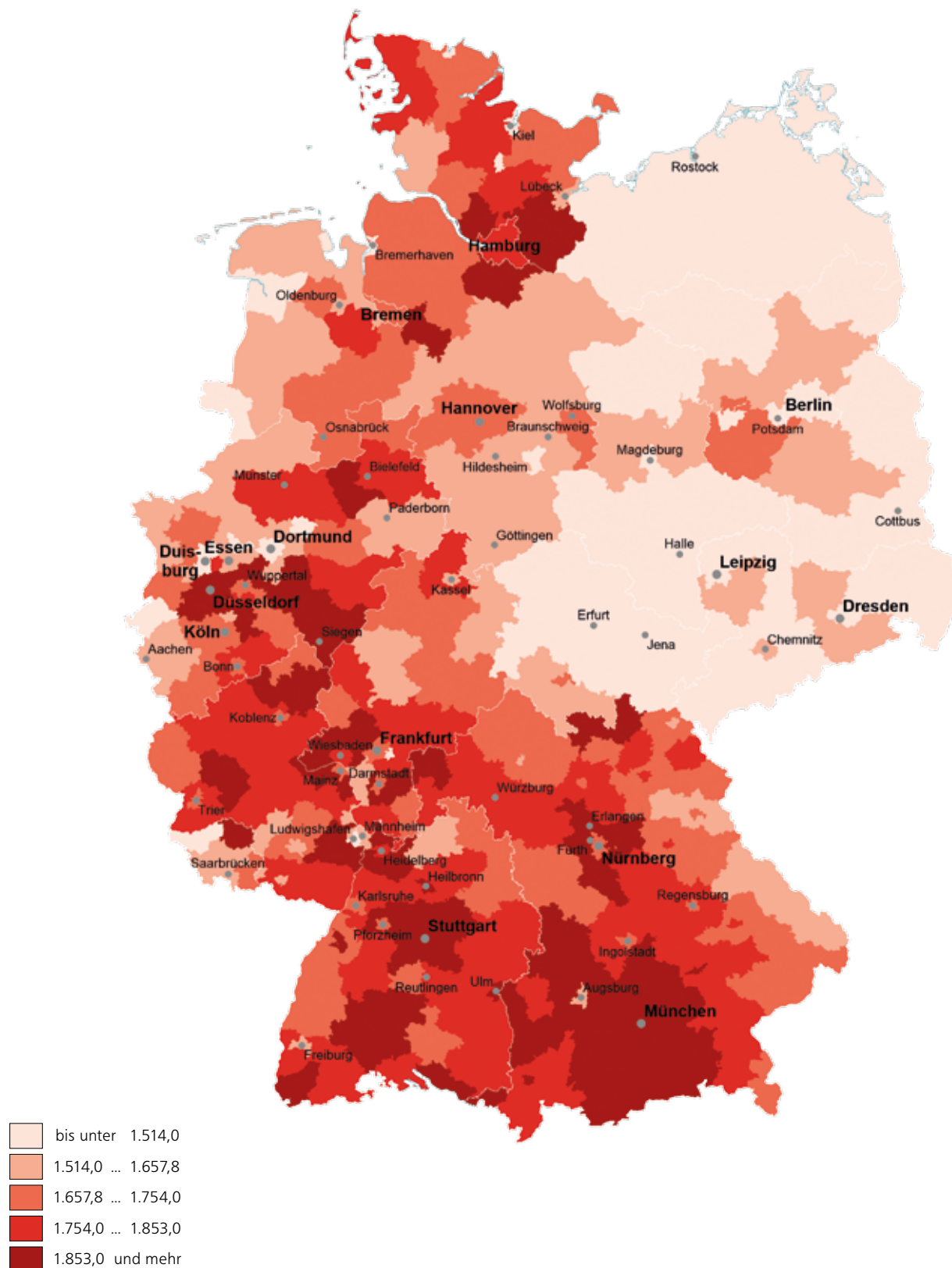
In Süddeutschland liegt das durchschnittliche Haushaltseinkommen höher als in Norddeutschland. Zwar bewegen sich die Einkommen in Norddeutschland in einigen Kreisen (Stormarn, Pinneberg und Herzogtum Lauenburg in Schleswig-Holstein, Verden und Harburg in Niedersachsen) auf sehr hohem Niveau, dies sind jedoch Ausnahmen. In Bayern und Baden-Württemberg haben sehr viele Kreise mit durchschnittlich über 1.800 Euro ein sehr hohes Haushaltseinkommen (Großraum Stuttgart, im Schwarzwald, in Mittelfranken, in Oberbayern und in Schwaben). Die höchsten durchschnittlichen Haushaltseinkommen finden sich mit 3.293 Euro in Heilbronn, gefolgt vom Landkreis Starnberg mit 2.778 Euro. Das niedrigste Monatshaushaltseinkommen verzeichnen die Stadt Weimar mit 1.315 Euro und der Landkreis Vorpommern-Greifswald mit 1.348 Euro.

Die Betrachtung der Einkommensentwicklung von 2007 bis 2012 zeigt eine flächendeckende Erhöhung des Einkommens um durchschnittlich drei Prozent, allerdings mit unterschiedlich hohen Steigerungsraten. Schwach sind die Einkommen überwiegend in Ostdeutschland gestiegen. Im Ruhrgebiet ist in vielen Städten das Einkommen nur sehr wenig gestiegen. Schwerpunktmäßig sind die Einkommen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und in Bayern überdurchschnittlich gestiegen.

Selbst wenn man mitberücksichtigt, dass im Osten des Landes das Preisniveau niedriger liegt und sich dadurch die Einkommensunterschiede etwas relativieren (BBSR 2012: 22), so haben sich die bestehenden Unterschiede der Haushaltseinkommen weiterhin verfestigt und sich in einigen Regionen gar vergrößert.

Karte 7

Durchschnittliches Haushaltseinkommen in Euro je Einwohner_in
 Kreise und kreisfreie Städte, 2012



Quelle: BBSR Bonn 2015. Datengrundlage: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung der Länder.

2.3.2 SCHULDNER_INNENQUOTE

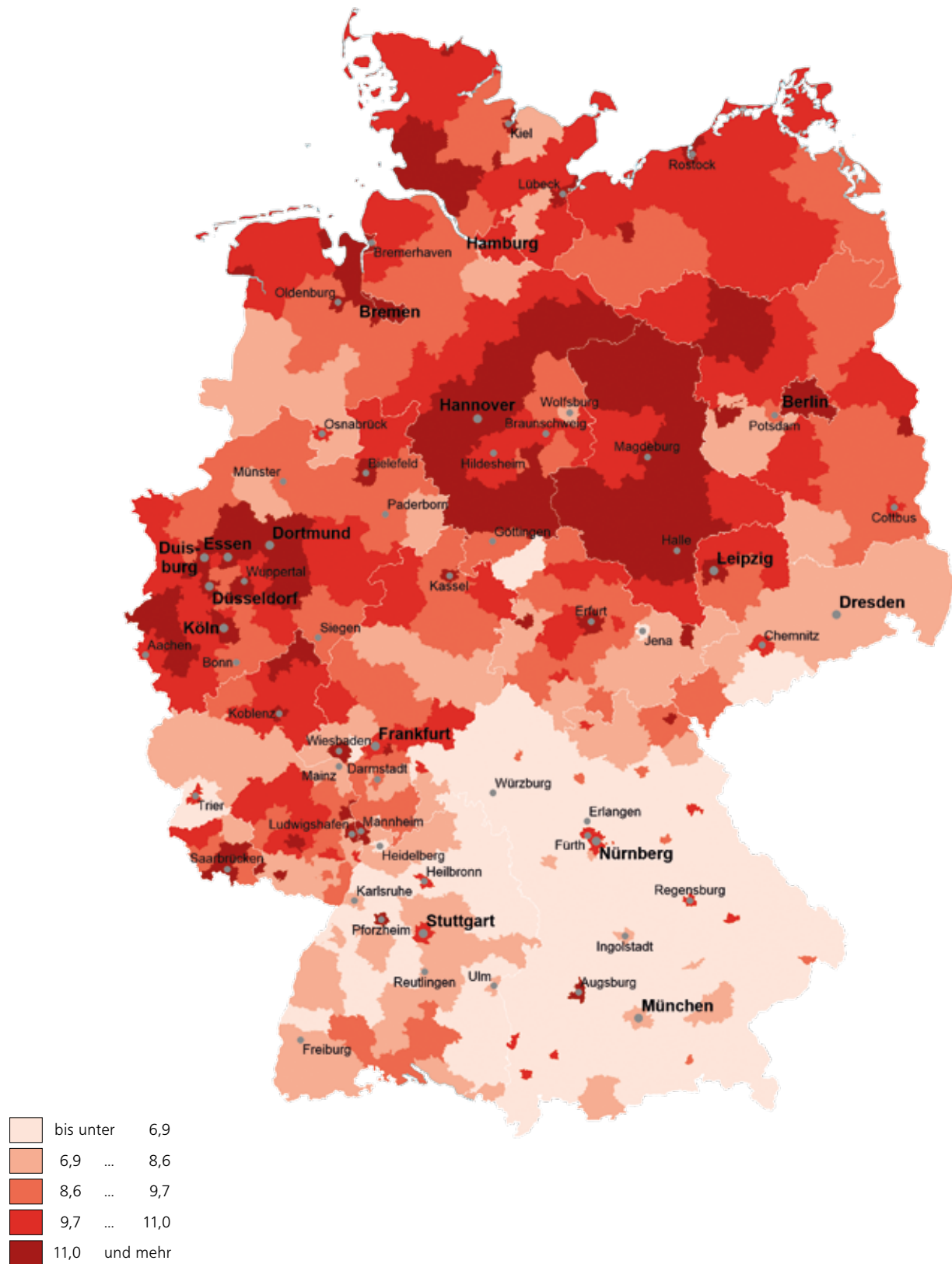
Die Schuldner_innenquote weist den Anteil an Privatpersonen über 18 Jahre aus, deren Ausgaben ihre Einnahmen übersteigen, wobei die Höhe der Verschuldung unberücksichtigt bleibt.

Bei der Betrachtung der Schuldner_innenquote werden sowohl Süd-Nord- als auch Stadt-Land-Unterschiede deutlich. In Süddeutschland sind vor allem in den Landkreisen und kleineren Städten sehr geringe Schuldner_innenquoten verbreitet, wie 2012 in Bayern mit durchschnittlich 7,0 Prozent und Baden-Württemberg 7,7 Prozent. In den größeren Städten herrscht aber auch in Bayern und Baden-Württemberg eine höhere Schuldner_innenquote. In vielen kreisfreien Städten, insbesondere den größeren, liegt die Quote deutlich höher als in den Landkreisen (vgl. Karte 8).

Ein ganz anderes Bild ergibt sich in den Kreisen und kreisfreien Städten Nordrhein-Westfalens (11,2 Prozent), Niedersachsens (10,4 Prozent) und Sachsen-Anhalts (12,2 Prozent), wo die Schuldner_innenquote insgesamt deutlich höher ist als im Rest Deutschlands. In Nordrhein-Westfalen sind vor allem in den Städten des Ruhrgebiets die Anteile der verschuldeten Personen sehr groß, wie z. B. in Dortmund mit 13,9 Prozent und Herne mit 14,9 Prozent. Auch in den Landkreisen Heinsberg und Düren sowie im Märkischen Kreis und den Kreisen Recklinghausen und Unna liegt die Schuldner_innenquote über elf Prozent. In Niedersachsen sind im Landkreis Wesermarsch im Norden und in den Landkreisen Northeim, Schaumburg, Uelzen, Lüchow-Dannenberg, Celle, in der Region Hannover, Osterode am Harz, Hameln-Pyrmont und Goslar im Süden und Osten die Schuldner_innenquoten sehr hoch. Auch in Sachsen-Anhalt liegt sie sehr hoch, außer im Landkreis Wittenberg. In Brandenburg und Mecklenburg-Vorpommern herrscht eine mittlere Quote der Verschuldung vor (durchschnittlich 9,8 Prozent bzw. 10,3 Prozent). In anderen Ländern, wie Saarland und Rheinland-Pfalz, liegen Regionen mit einer hohen und einer niedrigen Schuldner_innenquote oftmals räumlich nah beieinander, und es ist keine klare Struktur erkennbar und keine eindeutige Aussage möglich.

Die Entwicklung von 2009 bis 2012 zeigt, dass die Schuldner_innenquote generell gestiegen ist. Städte und Landkreise, in denen die Schuldner_innenquote zurückgegangen ist, waren die Ausnahme. Diese rückläufigen Quoten liegen überwiegend in Bayern, wo die Schuldner_innenquote insgesamt niedriger war. Besonders stark haben sich die Anteile an verschuldeten Privatpersonen in Städten und Kreisen erhöht, die bereits eine hohe Schuldner_innenquote aufwiesen. Damit werden bestehende regionale Unterschiede noch vergrößert.

Karte 8
Private Schuldner_innen je 100 Einwohner_innen 18 Jahre und älter
 Kreise und kreisfreie Städte, 2012



Quelle: BBSR Bonn 2015. Datengrundlage: Verband der Vereine creditform e. V.: Schuldneratlas Deutschland Jahr 2010.

2.3.3 ARBEITSLOSE SGB II

Bezüglich der Arbeitslosen nach SGB II bestehen sehr deutliche Unterschiede zwischen Ost und West sowie zwischen Nord und Süd (vgl. Karte 9). Es wird zum einen deutlich, dass Landkreise mit einem sehr niedrigen Anteil an Bezieher_innen von Arbeitslosengeld II (unter 3,3 Prozent) an den Erwerbspersonen hauptsächlich im Süden Deutschlands liegen, in Bayern (61 Kreise von 96 Landkreisen und Städten) und in Baden-Württemberg (15 Kreise von 44 Landkreisen und Städten). Ein ebenfalls geringer Anteil findet sich in drei Landkreisen in Rheinland-Pfalz (Eifelkreis Bitburg-Prüm, Trier-Saarburg, Bernkastel-Wittlich).

In kreisfreien Städten und in den Stadtstaaten leben in der Regel mehr Erwerbspersonen, die auf Grundsicherung angewiesen sind, als in Landkreisen. Insofern sind auch die städtischen Haushalte sehr viel stärker von Sozialtransfers geprägt als die der Landkreise. Von sehr hohen Ausgaben für Sozialleistungen sind Berlin und Bremen betroffen wie auch kreisfreie Städte im Ruhrgebiet. Aber auch in den Ländern Schleswig-Holstein (Kiel, Flensburg, Lübeck, Neumünster), Niedersachsen (Salzgitter, Emden, Delmenhorst, Wilhelmshaven), Hessen (Wiesbaden, Kassel, Offenbach), Rheinland-Pfalz (Pirmasens, Kaiserslautern, Ludwigshafen) und Bayern (Hof) gibt es kreisfreie Städte, in denen anteilig sehr viele Erwerbspersonen leben, die Leistungen der Grundsicherung beziehen.

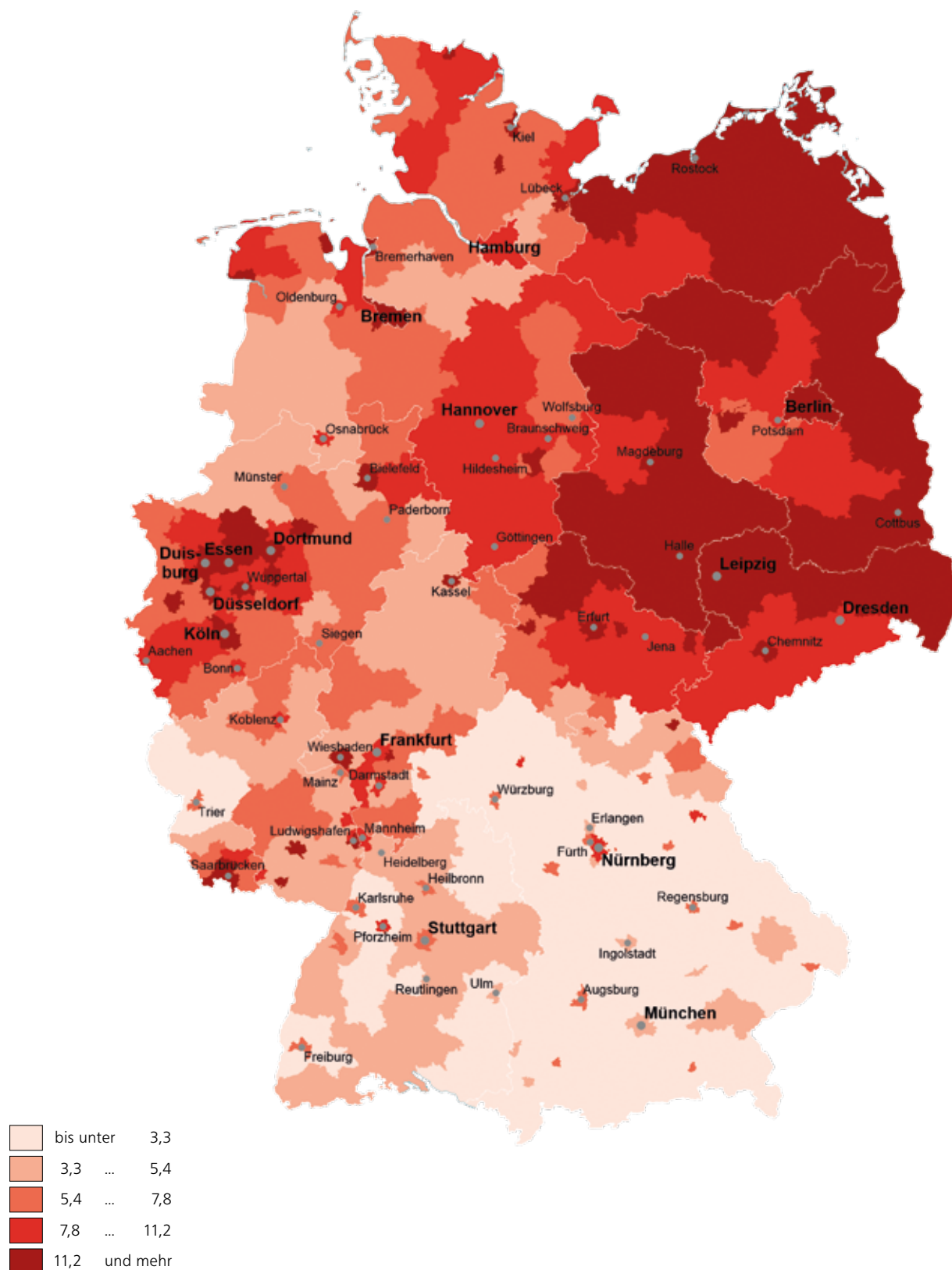
Regionen, in denen die Anteile der Bezieher_innen von Arbeitslosengeld II sehr hoch sind, liegen konzentriert und in hohem Maße in Ostdeutschland, insbesondere in Sachsen-Anhalt und Mecklenburg-Vorpommern. In Sachsen-Anhalt lag der Anteil bei durchschnittlich 14,6 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern bei 13,9 Prozent. In jeweils nur einem Landkreis (Börde und Ludwigslust-Parchim) liegt der Anteil unter 11,2 Prozent. Etwas günstiger ist die Situation in Brandenburg. Hier hebt sich der Landkreis Potsdam-Mittelmark mit einem Anteil von nur 6,5 Prozent bei einem durchschnittlichen Anteil von 12,9 Prozent in Brandenburg positiv hervor. Im Landkreis Hildburghausen in Thüringen liegt der Anteil sogar nur bei 5,2 Prozent.

Zuwächse bei den Erwerbspersonen mit Grundsicherung mussten im Osten Deutschlands in Frankfurt an der Oder und im Landkreis Uckermark verzeichnet werden. In Westdeutschland waren insbesondere kreisfreie Städte in Nordrhein-Westfalen betroffen, in denen der Anteil bereits hoch war, aber auch in Städten wie Flensburg, Offenbach am Main, Ludwigshafen, Mannheim und Schweinfurt stiegen die Anteile von 2009 bis 2012.

In den meisten anderen Kommunen konnten die Anteile der Bezieher_innen von Arbeitslosengeld II verringert werden. Auch wenn in Ostdeutschland mehr Landkreise und Städte einen stärkeren Rückgang verzeichnen konnten als dies im Westen der Fall war, so bleiben die gravierenden Unterschiede zwischen Ost und West, aber auch zwischen Nord und Süd weiterhin bestehen.

Karte 9

Anteil der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II an den Erwerbspersonen in %
 Kreise und kreisfreie Städte, 2012



Quelle: BBSR Bonn 2015. Datengrundlage: Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II der Bundesagentur für Arbeit.

2.3.4 KINDERARMUT

Bezüglich der Kinderarmut zeigen sich für das Jahr 2012 große regionale Unterschiede in Deutschland, sowohl zwischen Ost und West als auch zwischen Nord und Süd (vgl. Karte 10). In Ostdeutschland hat die Kinderarmutsquote nahezu flächendeckend mit über 20 Prozent einen hohen bis sehr hohen Stand. Ausnahmen sind die Landkreise Potsdam-Mittelmark in Brandenburg und Eichsfeld in Thüringen, in denen weniger als zehn Prozent der unter 15-Jährigen in Bedarfsgemeinschaften leben, d. h. in Gemeinschaften, die auf Grundsicherung nach SGB II angewiesen sind. Im Westen sind überwiegend die kreisfreien Städte von einer großen Kinderarmut betroffen. Sehr hoch sind die Quoten in Bremerhaven und Gelsenkirchen mit über 35 Prozent. Das Ruhrgebiet und auch weite Teile Niedersachsens sind von hoher Kinderarmut betroffen, hier besonders im Norden und im Osten sowie der Ballungsraum Rhein-Main, in Saarbrücken und in den rheinland-pfälzischen Städten Pirmasens, Ludwigshafen und Kaiserslautern.

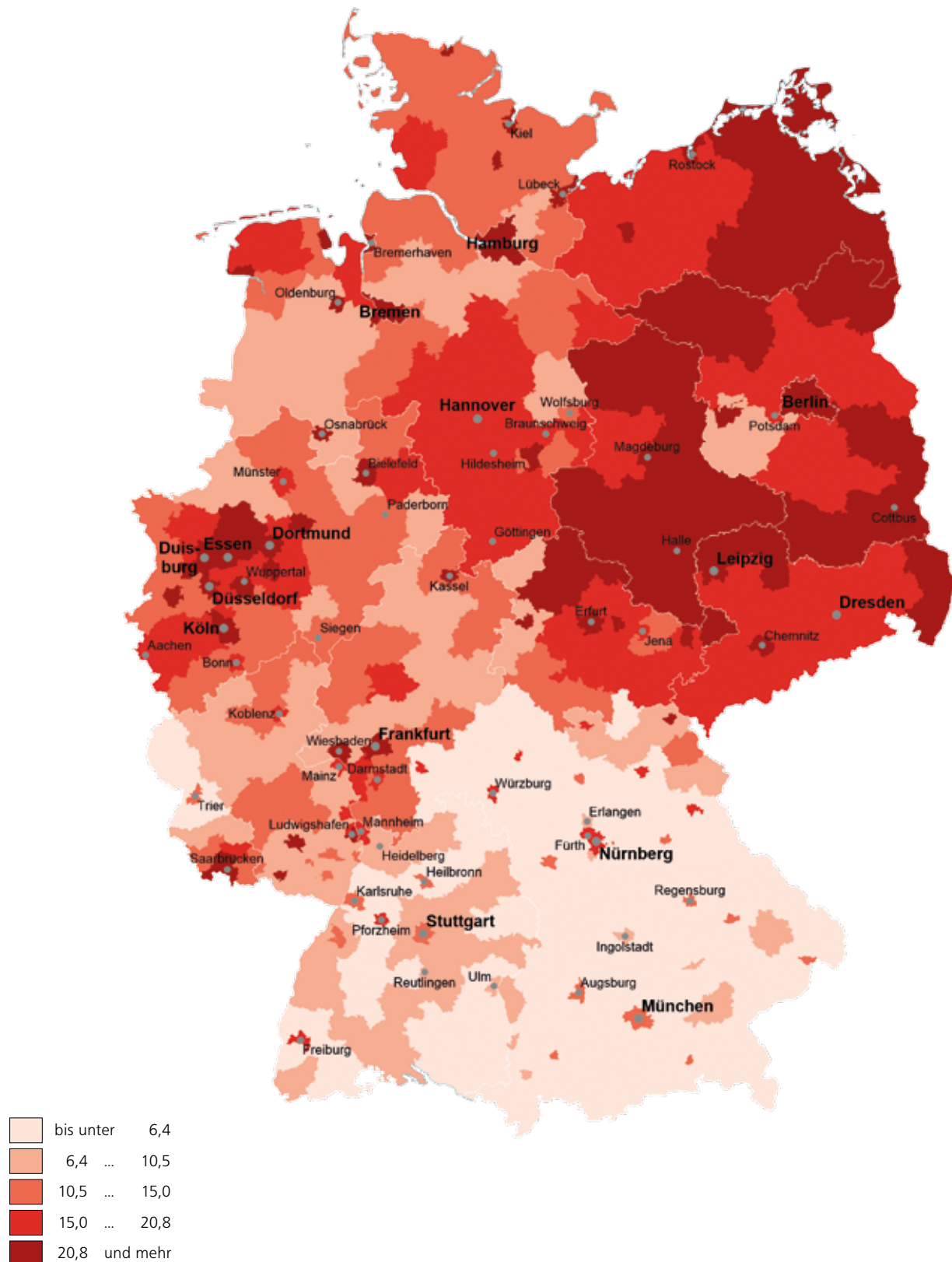
Am wenigsten von Armut sind Kinder in Bayern und Baden-Württemberg betroffen, wobei die Situation in bayerischen Landkreisen am besten ist. Dort liegt in 62 Landkreisen der Anteil der Kinder, die in Bedarfsgemeinschaften leben, unter 6,4 Prozent. In Baden-Württemberg weisen 17 Landkreise eine ähnlich geringe Kinderarmutsquote auf, in Rheinland-Pfalz sind es zwei Landkreise (Eifelkreis Bitburg-Prüm und Trier-Saarburg).

In der Mehrzahl der kreisfreien Städte und Landkreise ging die Kinderarmut im Zeitraum von 2009 bis 2012 zurück; auch in Kommunen mit hoher Kinderarmut. In den ostdeutschen Ländern ging sie stärker zurück als in den westdeutschen Ländern. Allerdings gibt es vereinzelt Verschlechterungen. Deutschlandweit hat in 18 Städten und 29 Landkreisen die Kinderarmut zugenommen. So hat der Saalekreis (Sachsen-Anhalt) eine besorgniserregende Entwicklung mit einer Erhöhung der Quote um über zwei Prozentpunkte auf 24 Prozent durchlaufen. Eine größere Zunahme war auch in Landkreisen in Niedersachsen (Heidekreis, Hameln-Pyrmont, Helmstedt), Nordrhein-Westfalen (Kleve) und Schleswig-Holstein (Nordfriesland) zu verzeichnen. Aber auch in Städten gab es Verschlechterungen, die besonders ausgeprägt waren. In Halle/Saale war im Jahr 2012 mehr als ein Drittel der Kinder unter 15 Jahren von Armut betroffen, genauso wie in Berlin. Nicht ganz so stark waren die Verschlechterungen in Städten im Ruhrgebiet, Flensburg, Neumünster, Osnabrück sowie Eisenach.

Auch wenn in vielen Kommunen die Kinderarmut zurückgegangen ist, bleiben regionale Unterschiede bestehen. Nach wie vor klaffen Unterschiede zwischen dem wirtschaftlich starken Süddeutschland und den westlichen und östlichen Regionen.

Karte 10

Nicht erwerbsfähige Leistungsberechtigte unter 15 Jahren je 100 Einwohner_innen unter 15 Jahren
 Kreise und kreisfreie Städte, 2012



Quelle: BBSR Bonn 2015. Datengrundlage: Statistik der Grundsicherung für Arbeitssuchende der Bundesagentur für Arbeit.

2.4 TEILBEREICH ÖFFENTLICHE FINANZEN

Trotz steigender Steuereinnahmen bei Bund und Ländern und guter Konjunktur hat sich die Finanzlage vieler Kommunen in den vergangenen Jahren zunehmend verschlechtert. Gegenläufige Entwicklungen zwischen oft rückläufigen Einnahmen und steigenden Ausgaben sind für viele Kommunen kaum noch zu bewältigen. Die Ausgaben von Kommunen und ihre Verschuldung sind ein wichtiger Gradmesser für ihre Handlungsfähigkeit und den Grad der Versorgung, den sie ihrer Bevölkerung anbieten können. Es zeigt sich, dass sich die Unterschiede zwischen Kommunen mit entspannter Finanzlage und solchen mit erheblichen Haushaltsdefiziten verstärken.

Vor allem steigende Sozialausgaben, die von den Kommunen geschultert werden müssen, führen zu einem finanziellen Missverhältnis. Der Zwang zum Sparen zieht in hoch verschuldeten Kommunen weniger Sachinvestitionen, verbunden mit negativen Folgen für die Wirtschaft durch weniger Aufträge, nach sich. Darüber hinaus müssen freiwillige Leistungen gekürzt oder sogar gestrichen werden. Dies hat Konsequenzen für Einrichtungen der sozialen und kulturellen Infrastruktur, aber auch für die kommunale Gestaltungskraft. Auch wenn die Höhe der staatlichen Zuweisungen einen erheblichen Einfluss auf die Investitionstätigkeit der Kommunen hat, so haben einige Kommunen Probleme, ihren Eigenanteil aufzubringen. Eine Erhöhung der kommunalen Einnahmen über Gebühren, Beiträge (z. B. Kinderbetreuung) und kommunale Steuern (z. B. Gewerbesteuer) geht andererseits auf Kosten der Bevölkerung und der Betriebe, und im schlimmsten Fall gehen Standortvorteile verloren, die sich wieder negativ auswirken. Wie und wo gespart oder investiert wird, ist entscheidend für die Nachhaltigkeit der Maßnahmen als auch für die Zukunftsfähigkeit der Kommunen.

Wie im Raumordnungsbericht 2011 wurden die Indikatoren Kommunale Schulden und Kassenkredite gewählt, um die Lage der öffentlichen Finanzen abzubilden. Beide spiegeln die prekäre Finanzsituation der Kommunen wider und zeigen, dass insbesondere wirtschaftsschwache Regionen einem Negativkreislauf aus fehlenden Einnahmen und steigenden Ausgaben unterliegen.

2.4.1 KOMMUNALE SCHULDEN

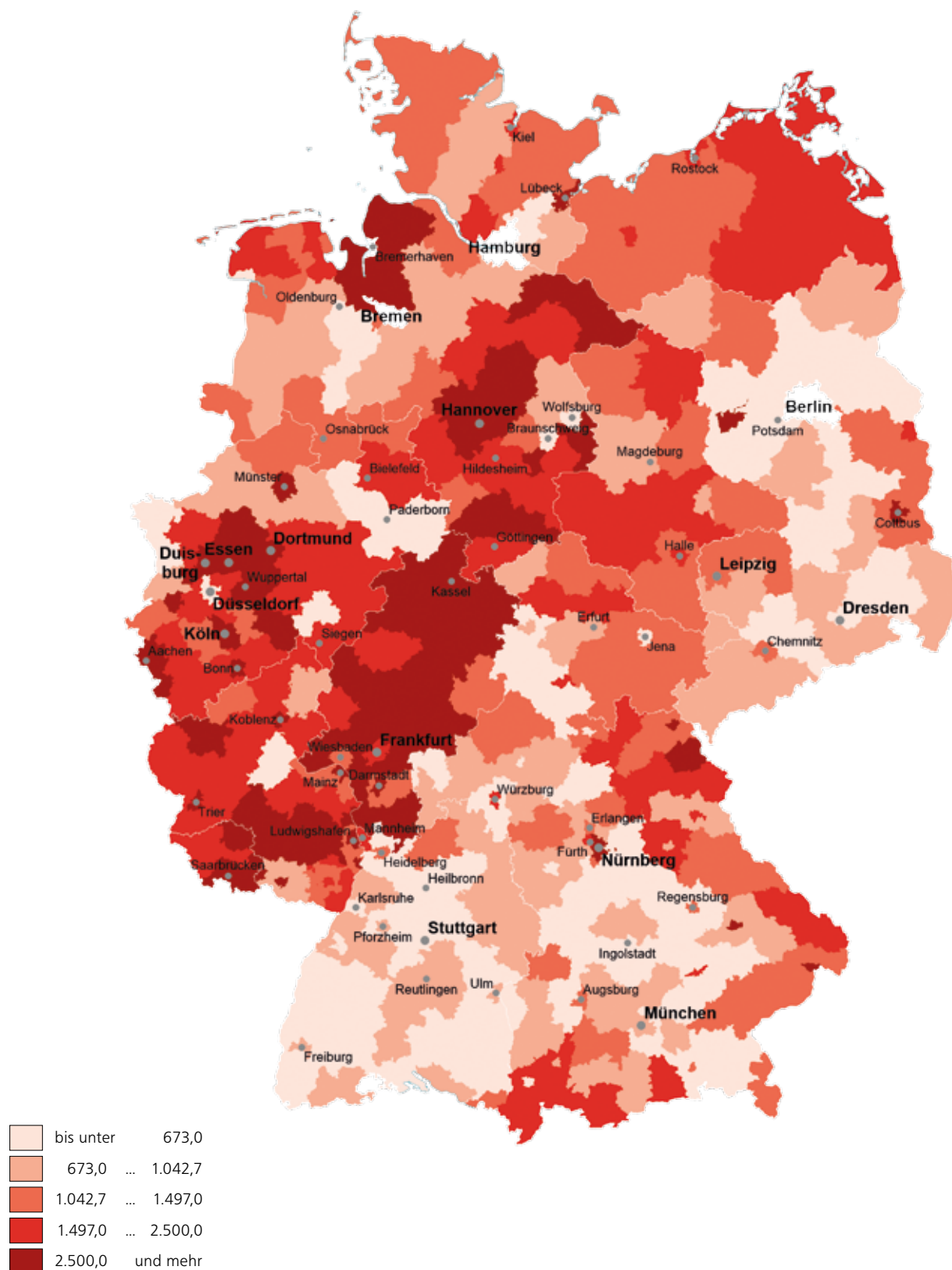
Karte 11 zeigt die Häufung von sehr hoch verschuldeten Kommunen für das Jahr 2012 in den Ländern Nordrhein-Westfalen (im Durchschnitt 2.582 Euro Schulden pro Einwohner_in), Hessen (3.120,7 Euro), Rheinland-Pfalz (2910,3 Euro), und Saarland (3.074,5 Euro). Zwar gibt es in diesen Ländern auch Kommunen mit einer geringen Verschuldung (Landkreise Höxter, Paderborn, Gütersloh sowie Kleve und Olpe in Nordrhein-Westfalen, Rhein-Hunsrück-Kreis in Rheinland-Pfalz), diese können aber als wenige positive Ausnahmen angesehen werden. Sehr hoch verschuldete Landkreise gibt es auch in Niedersachsen (durchschnittliche Schulden pro Einwohner_in 1695,7 Euro) vor allem im Norden und Osten. In Baden-Württemberg (623,3 Euro) und Bayern (1077,7 Euro) sowie in Sachsen (801,2 Euro) und Brandenburg (863,2 Euro) konzentrieren sich verstärkt Kommunen, die nur im geringen Umfang verschuldet sind. Aber auch hier gibt es einige Kommunen, überwiegend kreisfreie Städte, die sich mit hohen Schuldenbergen plagen.

Die Entwicklung der Verschuldung ist von 2010 bis 2012 sehr unterschiedlich verlaufen. In Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt konnten die Haushalte in den meisten Kommunen konsolidiert werden. In Brandenburg konnten überwiegend die Kommunen mit wenig Schulden (Landkreise Märkisch-Oderland, Elbe-Elster, Havelland, Dahme-Spreewald, Oberhavel, Barnim, Potsdam-Mittelmark und in der kreisfreien Stadt Potsdam) ihre Pro-Kopf-Verschuldung weiter verringern, höher verschuldete Kommunen mussten ihre Schulden dagegen weiter erhöhen. Hiervon waren besonders die kreisfreien Städte Cottbus, Brandenburg und Frankfurt (Oder) betroffen. Auch im Saarland und in Hessen ist die Finanznot der Kommunen größer geworden. So erhöhten sich die durchschnittlichen kommunalen Schulden in Hessen von 2010 auf 2012 um rund 25 Prozent, im Saarland um 15 Prozent.

In der Mehrzahl der Kommunen sind die Schulden weiter angewachsen, besonders stark in Kommunen mit bereits hohen Schuldenbergen. Die Verstärkung einer negativen Entwicklung der Finanzsituation armer Kommunen kann in eine „Abwärtsspirale“ münden und führt sie an die Grenze kommunaler Handlungsfähigkeit.

Bereits gegebene Ungleichgewichte bleiben nicht nur bestehen, sie verstärken sich sogar. Wenig Schulden sind leichter abzutragen als hohe Schulden; so bleiben finanzstarke Regionen finanzstark, hoch verschuldete Kommunen mit ungünstigen Strukturen bleiben arm oder werden noch ärmer.

Karte 11

Kommunale Schulden in Euro je Einwohner_in
 Kreise und kreisfreie Städte, 2012


Quelle: BBSR Bonn 2015. Datengrundlage: Statistik über Schulden des Bundes und der Länder.

2.4.2 KASSENKREDITE

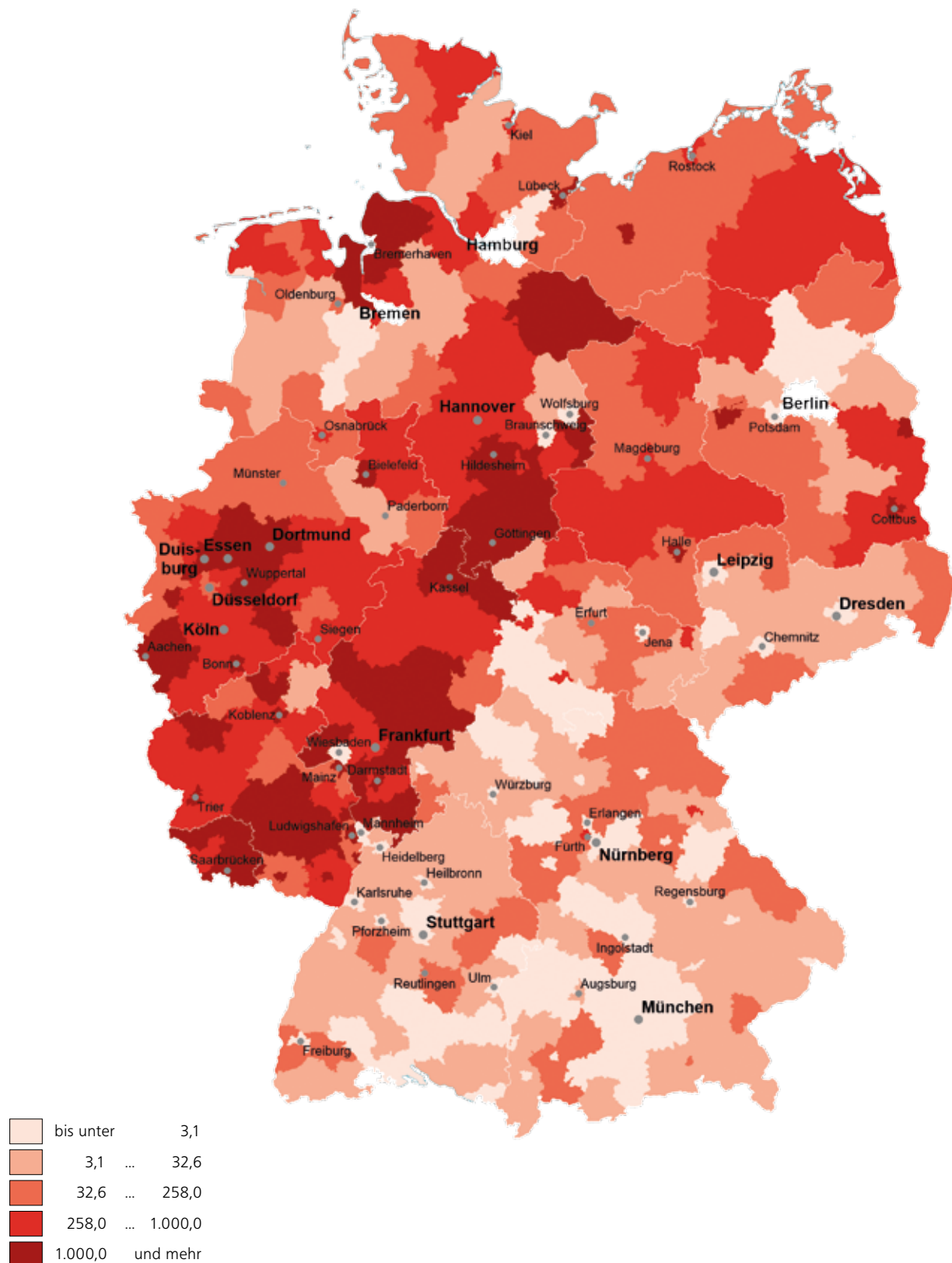
Die Ausmaße kommunaler Verschuldung und prekärer Haushaltslagen werden auch anhand des Anstiegs der Kassenkredite deutlich. Kassenkredite werden seit einigen Jahren von Kommunen mit defizitärem Verwaltungshaushalt als dauerhaftes Finanzierungsinstrument, insbesondere für Sozial- und Personalausgaben, genutzt. Die Grundidee von Kassenkrediten bestand im Ausgleich kurzfristiger Liquiditätsschwankungen und somit der Aufrechterhaltung einer ordnungsgemäßen Kassenwirtschaft, also um eine Art Vorfinanzierung der im Haushaltsplan veranschlagten Einnahmen. Daher werden Kassenkredite nicht als Kredite im herkömmlichen Sinne angesehen, da sie vom Grundgedanken her über Einnahmen gedeckt sein sollten, und sind deshalb auch nicht genehmigungspflichtig. Problematisch ist hierbei, dass im Gegensatz zu Investitionskrediten keinerlei Vermögenswerte geschaffen werden, die den Schulden gegenüberstehen. In vielen Kommunen mit defizitären Verwaltungshaushalten haben sich Kassenkredite zu einem dauerhaften Finanzierungsinstrument für laufende Ausgaben entwickelt. Zwar ist die Aufnahme von Kassenkrediten wegen niedriger Zinsen attraktiv (KfW 2015: 14), aber auch gefährlich, da Kommunen nicht selten in eine „Schuldenfalle“ geraten, da diese Mittel nicht durch Einnahmen in den Haushalt zurückfließen.

Karte 12 zeigt, dass der räumliche Schwerpunkt der Kommunen mit sehr hohen Kassenkreditbeständen in Westdeutschland liegt und zwar meistens in den bereits stark verschuldeten kommunalen Gebietskörperschaften in Rheinland-Pfalz, Nordrhein-Westfalen, Hessen, Niedersachsen und im Saarland. So wurden 2012 in Nordrhein-Westfalen rund 1.326 Euro pro Einwohner_in an Kassenkrediten aufgenommen. Es sind gerade die sehr hoch verschuldeten Kommunen, die ihre Haushalte über Kassenkredite finanzieren. Das Saarland hat mit ca. 1.900 Euro den höchsten Durchschnitt an Kassenkrediten pro Einwohner_in. In Bayern und Baden-Württemberg dagegen liegt die durchschnittliche Höhe zwischen 17 und 20 Euro pro Einwohner_in.

Von 2009 bis 2012 haben sich die bestehenden Ungleichgewichte sogar noch verstärkt. Kassenkredite wurden einerseits von mehr Gebietskörperschaften in Anspruch genommen und andererseits ist die Höhe der Kredite gestiegen. Dies ist besonders in bereits stark verschuldeten kreisfreien Städten und Landkreisen der Fall. Zwar sind in fast allen Kommunen die Kassenkredite angestiegen, in hoch verschuldeten Kommunen aber stärker als in weniger verschuldeten Kommunen. In Kaiserslautern erhöhte sich der Schuldenstand in diesem Zeitraum in Kassenkrediten pro Einwohner_in um rund 14 Prozent pro Jahr auf 6.679 Euro.

Die Entwicklung spiegelt im Großen und Ganzen die Schulden- und Verschuldungssituation der Kommunen wider. Auch in den Kommunen der ostdeutschen Länder, die ihre Schulden verringern konnten, haben sich die Kassenkreditbestände erhöht, wenn auch nicht so hoch pro Kopf der Einwohner_innen wie in Westdeutschland. Dies könnte am geringeren Kommunalisierungsgrad der neuen Länder liegen, da in den östlichen Ländern viele Aufgaben stärker vom Land übernommen werden als in Westdeutschland (Juckernheirich/Micosatt 2008: 90 ff.).

Karte 12
Kassenkredite in Euro je Einwohner_in
 Kreise und kreisfreie Städte, 2012



Quelle: BBSR Bonn 2015. Datengrundlage: Statistik über Schulden des Bundes und der Länder.

2.5 TEILBEREICH INFRASTRUKTUR

Die Zunahme von Kassenkrediten und ihre Häufung in den westdeutschen verschuldeten Kommunen führen zu Kommunen, die ihrer Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge nicht mehr gerecht werden können. Im Teilbereich Infrastruktur wird deutlich, dass mittlerweile deutschlandweit erhebliche Unterschiede in der Daseinsvorsorge bestehen.

Bei der Beurteilung der Lebensverhältnisse kommt der Infrastrukturausstattung eine besondere Rolle zu. Sie weist darauf hin, wie Bewohner_innen in den Regionen an Chancen teilhaben können. Um diese Bedingung gesellschaftlicher Integration beurteilen zu können, werden in Anlehnung an den Raumordnungsbericht 2011 die Indikatoren Bevölkerungsdichte, Erreichbarkeit von Mittel- und Oberzentren, Betreuungsquote von Kleinkindern, ambulante ärztliche Versorgung und verfügbare Plätze in Pflegeeinrichtungen zwischen den Regionen verglichen.

Die Bevölkerungsdichte gilt als generelles Maß der räumlichen Bevölkerungsverteilung und gibt Aufschluss zur Beurteilung der Erreichbarkeit von Ober- und Mittelzentren, der Auslastung von und Versorgung mit sozialen Infrastrukturen und letztlich auch der Attraktivität der Regionen.

Die Erreichbarkeit von Mittel- und Oberzentren soll betrachtet werden, weil hier zentrale Bereiche der Daseinsvorsorge wie Krankenhäuser und weiterführende Schulen (Kawka 2015: 75), aber auch Beratungsstellen, kulturelle Angebote und außerschulische Bildungsangebote zu finden sind. Die Erreichbarkeit der Zentren informiert über Unterschiede im regionalen Versorgungsniveau. Unberührt hiervon bleibt die Frage, welche Infrastrukturen in den Ober- und Mittelzentren (noch) vorhanden sind.

Daneben spielen zentrale Einrichtungen für Kinder, Kranke und Alte eine bedeutende Rolle. Die Betreuungsquote ermöglicht einen Überblick über die Situation bei der Betreuung von Kleinkindern in Kindertageseinrichtungen und gibt einen Hinweis auf die Möglichkeit der Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Erwerbspersonen. Der Grad der ambulanten, kassenärztlichen Versorgung der Bevölkerung wird mit der Arzt-Einwohner-Relation gemessen und sichtbar gemacht. In diesem Indikator ist die hausärztliche und fachärztliche Versorgung gemeinsam erfasst. Die Anzahl der verfügbaren Plätze in Pflegeeinrichtungen gibt einen Hinweis auf die Kapazitäten der stationären Pflege und auch auf die Herausforderungen, welche mit dem zukünftigen Anstieg der Zahl der pflegebedürftigen Menschen verbunden sind.

2.5.1 BEVÖLKERUNGSDICHTE

Der Osten unseres Landes ist generell dünner besiedelt als der Westen (vgl. Karte 13). In den Landkreisen schwankten die Zahlen der durchschnittlichen Bevölkerungsdichte 2012 zwischen 63 Einwohner_innen je Quadratkilometer in Mecklenburg-Vorpommern und 420 im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen.

Mecklenburg-Vorpommern ist besonders dünn besiedelt. Kein Landkreis weist dort eine Dichte von mehr als 100 Einwohner_innen auf. Landkreise in Sachsen mit durchschnittlich 170 Einwohner_innen je Quadratkilometer und Thüringen mit durchschnittlich 110 Einwohner_innen je Quadratkilometer sind deutlich dichter besiedelt als Landkreise in Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt.

In Westdeutschland sind Landkreise in Nordrhein-Westfalen und im Saarland mit jeweils über 400 Einwohner_innen je Quadratkilometer sowie in Hessen und Baden-Württemberg mit über 300 Einwohner_innen je Quadratkilometer sehr dicht besiedelt.

Landkreise in Bayern und Niedersachsen sind mit durchschnittlich 150 Einwohner_innen je Quadratkilometer eher dünn besiedelt, dagegen sind Landkreise in Schleswig-Holstein und in Rheinland-Pfalz mit jeweils 180 Einwohner_innen je Quadratkilometer gleich dicht besiedelt. Kreisfreie Städte haben eine weitaus höhere Bevölkerungsdichte und heben sich von den sie umgebenden Landkreisen ab. Besonders auffällig ist der Kontrast zwischen dicht besiedelten kreisfreien Städten und sehr dünn besiedelten Landkreisen in Ostdeutschland und in Bayern.

In anderen Ländern ist diese Polarisierung weniger ausgeprägt, was auch daran liegt, dass, wie beispielsweise in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, große Städte in Regionalverbünden oder Städteverbünden zu den Landkreisen gehören, und so die Anzahl an kreisfreien Städten relativ gering ist. Am dichtesten besiedelt sind die Metropolen Berlin, München, das Ruhrgebiet, Köln-Bonn, Rhein-Main, Rhein-Neckar, Nürnberg und Kiel. Weiter gestiegen ist die Dichte in Mainz, Kiel, Köln, Düsseldorf, Frankfurt und München, durchschnittlich um 2,7 Prozent im Vergleich zu 2008. Hier lebten 2012 mehr als 2.000 Menschen auf einem Quadratkilometer.

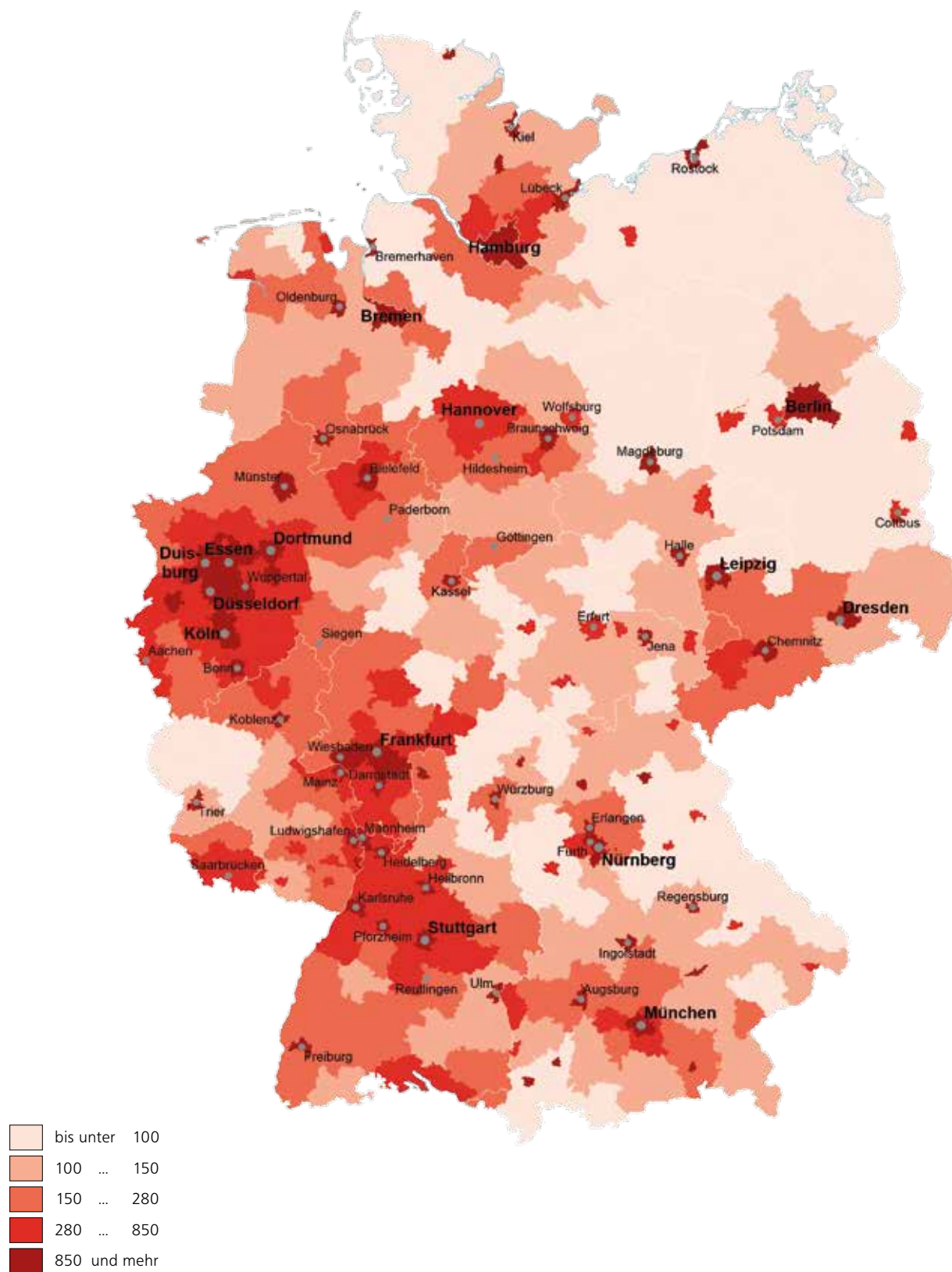
Entsprechend dem Zuwachs in den Städten ist besonders in ländlichen Regionen die Einwohner_innendichte zurückgegangen. Dünn und sehr dünn besiedelte Räume sind Wegzugsräume und werden weiter ausgedünnt. Die Veränderungen in diesen Landkreisen, die vorwiegend in Ostdeutschland, aber auch am Rand von Bayern wie z. B. Hof oder Regen liegen, zeigen 2012 im Vergleich zur Einwohner_innendichte 2008 einen Rückgang von vier bis acht Prozent. Eine Ausnahme bildet der Landkreis Bitburg-Prüm wegen seiner Nähe zum attraktiven luxemburgischen Arbeitsmarkt, der entsprechend seiner positiven Bevölkerungsentwicklung auch in der Dichte zugenommen hat.

Es ist davon auszugehen, dass sich die bestehenden Unterschiede zwischen Ost und West, vor allem aber die zwischen ländlichen Regionen und Ballungsgebieten infolge einer gegensätzlichen Entwicklung weiter vergrößern werden.

Karte 13

Einwohner_innen je km²

Kreise und kreisfreie Städte, 2012



Quelle: BBSR Bonn 2015. Datengrundlage: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes des Bundes und der Länder, Eurostat Regio Datenbank.

2.5.2 ERREICHBARKEIT VON OBER- UND MITTELZENTREN

Mit dem Indikator „Pkw-Fahrtzeit zum nächsten Mittel- oder Oberzentrum“ kann die Versorgungsqualität mit Infrastruktureinrichtungen vergleichend gemessen werden (BBSR 2012: 24). Der Grad der Erreichbarkeit wird durch den benötigten zeitlichen Aufwand quantifiziert (BBSR 2012: 80). Da dieser Indikator für das Jahr 2014 erstmals zur Verfügung steht, ist ein Vergleich mit zurückliegenden Jahren nicht möglich. Es wird aber davon ausgegangen, dass keine neuen Verbindungsstraßen gebaut und auch keine neuen Mittelzentren ausgewiesen wurden, sodass es in den vergangenen Jahren zu keinen größeren Veränderungen gekommen ist.

Bei diesem Indikator handelt es sich um flächengewichtete Durchschnittswerte der Pkw-Fahrten aller Gemeinden eines Kreises zum nächsten Ober- oder Mittelzentrum. Mit diesen Durchschnittswerten werden Unterschiede in der Erreichbarkeit bereits „verrechnet“. Bei großen Landkreisen, in denen die durchschnittliche Pkw-Fahrtzeit in das nächste Mittel- oder Oberzentrum beispielsweise 15 Minuten dauert, wird die Fahrtzeit von den weiter entfernt liegenden deutlich länger sein.

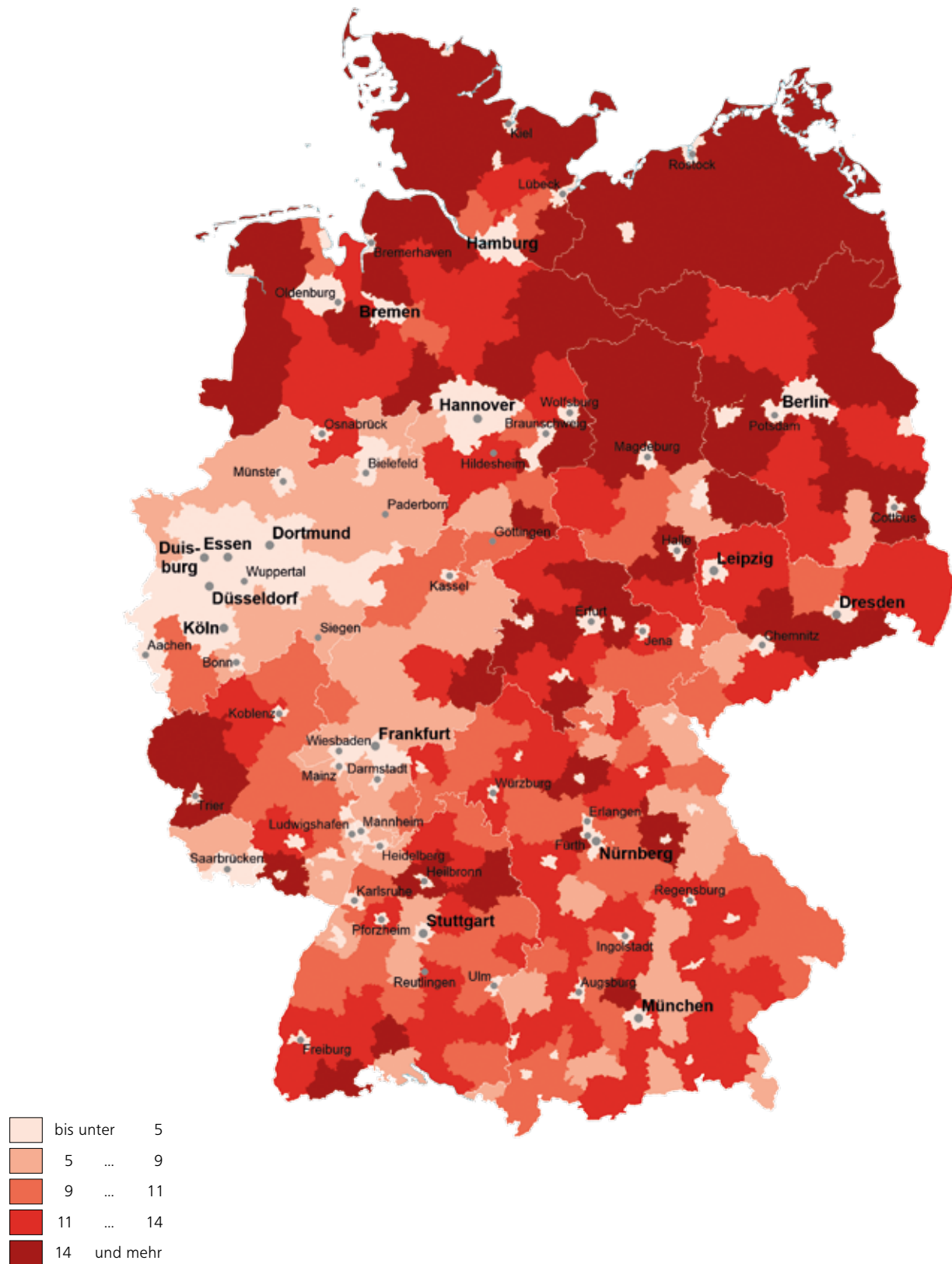
Karte 14 zeigt, dass in sehr dünn und dünn besiedelten Regionen die Pkw-Fahrtzeit ins nächste Mittel- oder Oberzentrum länger dauert als in dichter und dicht besiedelten Regionen. In weiten Teilen decken sich die Karten der „Bevölkerungsdichte“ (Karte 13) und „Erreichbarkeit von Mittel- und Oberzentren“ (Karte 14).

Die Mittel- und Oberzentren in Norddeutschland sind schlecht zu erreichen. Dies gilt insbesondere für die Zentren der Kreise Mecklenburg-Vorpommerns. Auch im westlich angrenzenden Schleswig-Holstein braucht man mindestens zehn Minuten zum nächsten Zentrum. Extrem schlecht ist die Erreichbarkeit in den Kreisen Ostholstein und Nordfriesland, wo die Fahrtzeit 25 und 37 Minuten im Durchschnitt beträgt. Auch in Ostniedersachsen, dem ehemaligen „Zonenrandgebiet“ beträgt die durchschnittliche Fahrtzeit über 20 Minuten (Landkreise Lüchow-Dannenberg, Osterode, Helmstedt, Celle, Lüneburg). Ähnlich ungünstige Verhältnisse herrschen im Emsland. Aber auch in Mittelgebirgsregionen in Hessen, Rheinland-Pfalz, dem Saarland, Baden-Württemberg und Bayern, Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt sind die Fahrtzeiten länger als 14 Minuten, was zum Teil auch an den topografischen Gegebenheiten liegt. Hiervon betroffen sind auch dichter besiedelte Landkreise in Baden-Württemberg (Landkreise Heilbronn, Tuttlingen, Waldshut) und Bayern (Landkreise Dachau, Fürth und Bamberg). Eine gute Erreichbarkeit von Mittel- und Oberzentren auch in sehr dünn besiedelten Regionen ist vor allem in Bayern gegeben.

Mitgedacht werden muss beim Indikator der Erreichbarkeit von Mittel- oder Oberzentren auch, dass nicht alle Menschen mit dem Pkw mobil sind und der bestehende ÖPNV in dünn besiedelten Gebieten oft zurückgebaut wird. Gerade für alte und weniger mobile Personen gestaltet sich die Teilhabe an der öffentlichen Infrastruktur daher als schwierig.

Karte 14

Durchschnittliche Pkw-Fahrtzeit zum nächsten Mittel- oder Oberzentrum in Minuten
 Kreise und kreisfreie Städte, 2014



Quelle: BBSR Bonn 2015. Datengrundlage: Erreichbarkeitsmodell des BBSR.

2.5.3 BETREUUNGSQUOTE KLEINKINDER

Die Betreuungsquote von Kleinkindern (unter drei Jahre) hat sich von 2009 bis 2013 in ganz Deutschland erhöht. Dies ist auf den gesetzlichen Anspruch der frühkindlichen Förderung, der seit dem 1.8.2013 besteht, und dem daraus resultierenden Ausbau der Kinderbetreuung zurückzuführen. Die angestrebte gesetzliche Betreuungsquote betrug 35 Prozent für das Jahr 2013 (BMFSFJ 2008: 4). Der Indikator Betreuungsquote gibt keine Auskunft über den Bedarf an Kinderbetreuungsplätzen.

Karte 15 verdeutlicht, dass beim Indikator Kinderbetreuungsquote die Unterschiede zwischen Ost und West weiterhin bestehen, wobei der Osten des Landes eine Vorbildfunktion einnimmt. Die hohen Betreuungsquoten von durchschnittlich 50,3 Prozent im Jahr 2013 in östlichen Ländern (im Gegensatz zu 24,5 Prozent in Westdeutschland) basieren auf der hervorragenden Ausstattung mit Kinderbetreuungseinrichtungen aufgrund der flächendeckenden Tagesbetreuung von Kindern ab dem zweiten Lebensjahr in der DDR (Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2015: 22), die sich bis heute immer noch in einer deutlich besseren Ausstattung zeigt.

In Ostdeutschland bewegte sich die Quote im Jahr 2013 durchgehend auf hohem Niveau zwischen 42 Prozent im Erzgebirgskreis (Sachsen) und 64 Prozent im Kreis Jerichower Land (Sachsen-Anhalt). Diese hohen Werte wurden auch in Berlin mit 44 Prozent und in der Stadt Heidelberg (Baden-Württemberg) mit 43 Prozent erreicht.

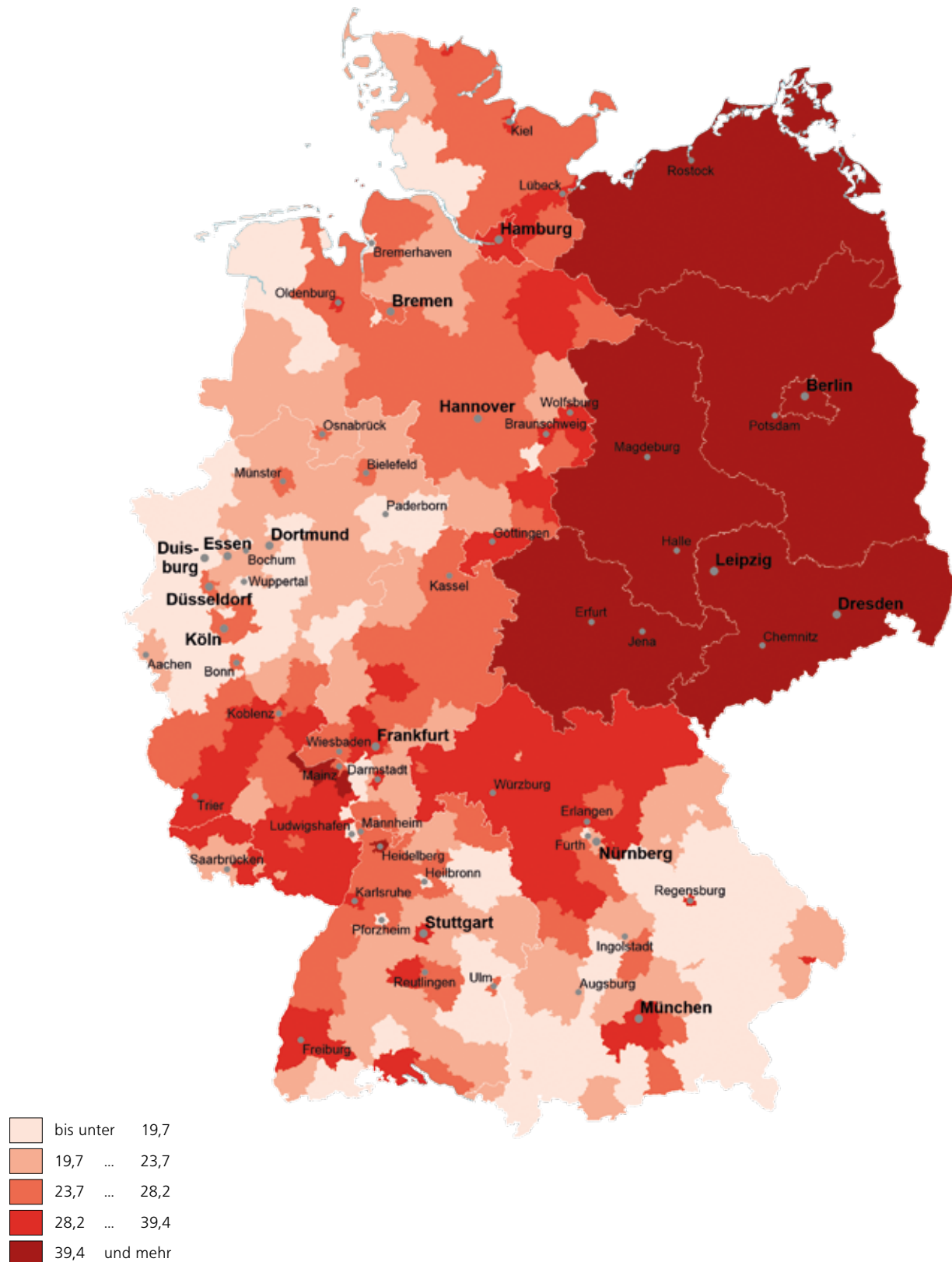
In den westdeutschen Ländern lag die Quote sonst auf niedrigerem Niveau, wobei es deutliche Unterschiede zwischen den Ländern gibt. Die Betreuungssituation für die unter Dreijährigen ist z. B. in Rheinland-Pfalz insgesamt als gut zu bezeichnen. Zwar lag die Betreuungsquote in den Städten Frankenthal, Worms und Ludwigshafen bei unter 20 Prozent, über die Hälfte der Kommunen konnte aber eine Betreuungsquote von über 28 Prozent aufweisen. In Nordrhein-Westfalen ergab sich im Jahr 2013 ein völlig anderes Bild: Es gab eine Betreuungsquote von unter 20 Prozent in der Hälfte aller Kommunen, eine Quote von 28 Prozent wurde in keiner Kommune erreicht. Bayern ist in Bezug auf das Betreuungsangebot für unter Dreijährige dreigeteilt. Gut ein Drittel der Kommunen unterschritt die Quote von 20 Prozent, ein Drittel konnte eine Betreuungsquote von über 28 Prozent aufweisen, ein Drittel der Kommunen lag in den beiden Klassen dazwischen.

In wenigen Kommunen in Nordrhein-Westfalen, Bayern und Niedersachsen lag die Betreuungsquote unter 15 Prozent, die auf eine sehr schlechte Versorgungssituation hinweist.

Die Erhöhung der Quote von 2009 bis 2013 verlief in West- und Ostdeutschland unterschiedlich – im Westen stärker als im Osten. In Westdeutschland betrug die Steigerungsrate besonders in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Rheinland-Pfalz in den meisten Kommunen mehr als zehn Prozent, was letztendlich auf den hohen Nachholbedarf zurückzuführen ist. Trotzdem bleiben die großen Unterschiede zwischen Ost und West bestehen.

Karte 15

Anteil der Kinder unter 3 Jahren in Kindertageseinrichtungen an den Kindern der entsprechenden Altersgruppen in %
 Kreise und kreisfreie Städte, 2013



Quelle: BBSR Bonn 2015. Datengrundlage: Kindertagesbetreuung in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege.

2.5.4 ÄRZTLICHE VERSORGUNG

Karte 16 verdeutlicht die regionalen Unterschiede in der ärztlichen Versorgung durch Fach- und Allgemeinmediziner_innen im Jahr 2012. In erster Linie sind dies Stadt-Land-Unterschiede: In kreisfreien Städten und in den Ballungsräumen ist die ärztliche Versorgung in der Regel besser als in Landkreisen, was damit zu erklären ist, dass Städte als Ober- und Mittelzentren überörtliche Bedeutung haben und das Umland mitversorgen. Dies zeigt das Beispiel der kreisfreien Stadt Bamberg und des Landkreises Bamberg: In der Stadt Bamberg ist die ärztliche Versorgung mit 388 Ärzt_innen je 100.000 Einwohner_innen hervorragend, im Landkreis Bamberg dagegen mit 82 sehr schlecht. Für Menschen ohne Pkw kann die ärztliche Versorgung auf dem Land ein immer größer werdendes Problem darstellen, wenn zusätzlich die Verkehrsinfrastruktur nicht ausgebaut wird.

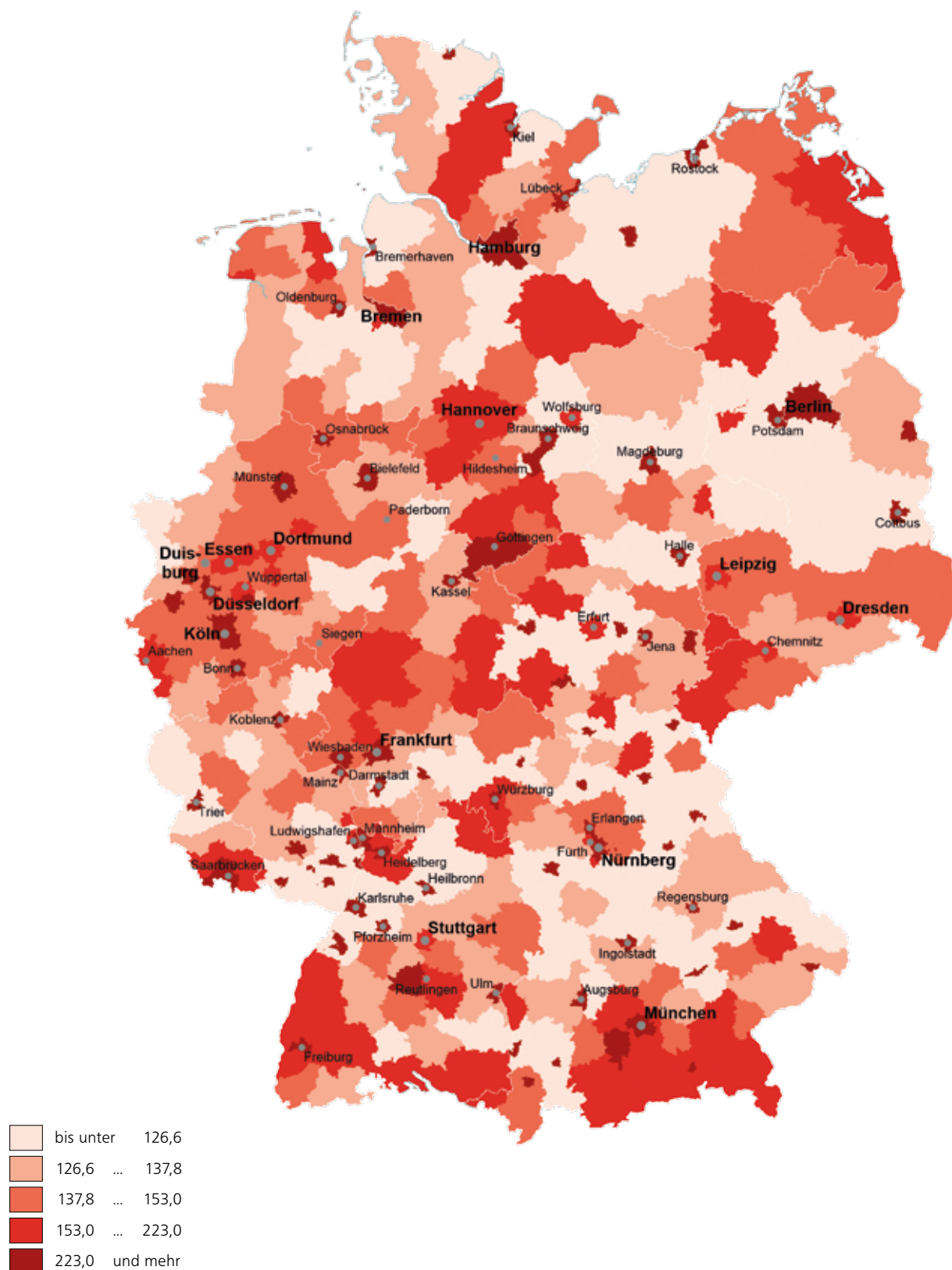
Auch wenn die Stadt-Land-Unterschiede stärker ausgeprägt sind als West-Ost-Unterschiede, sind diese trotzdem erkennbar. In Mecklenburg-Vorpommern (159,6 Ärzt_innen je 100.000 Einwohner_innen), in Brandenburg (142,7) und in Sachsen-Anhalt (154,9) lag im Jahr 2012 eine flächenhaft ungünstigere ärztliche Versorgung vor als in den übrigen Ländern.

Insgesamt ist die Anzahl der Ärzt_innen je 100.000 Einwohner_innen von 2009 bis 2012 gestiegen, in den kreisfreien Städten stärker als in den Landkreisen. Bestehende Unterschiede haben sich vergrößert. So ist beispielsweise die Anzahl der Ärzt_innen je 100.000 Einwohner_innen in den kreisfreien Städten um 10,5 und in den Landkreisen um 6,5 gestiegen.

Ganz anders sieht es aus, wenn man die allgemein- und fachärztliche Versorgung differenziert betrachtet (BBSR 2015). Während die Gesamtzahl an Ärzt_innen von 2009 bis 2012 größer geworden ist, ist die Anzahl der Allgemeinärzt_innen zurückgegangen. Der Anteil der Allgemeinärzt_innen an Ärzt_innen insgesamt bewegt sich zwischen 25 Prozent in Nordrhein-Westfalen und 33 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern. Auch hier sind Stadt-Land-Unterschiede auszumachen. Während in kreisfreien Städten zirka 20 Prozent der ärztlichen Versorgung von Ärzt_innen der Allgemeinmedizin geleistet wird, liegt der Anteil in den Landkreisen beispielsweise in Nordrhein-Westfalen bei 30 Prozent, in Mecklenburg-Vorpommern bei 37 Prozent und in Bayern bei 40 Prozent. Sehr ausgeprägt sind Unterschiede zwischen ärztlicher Versorgung insgesamt und allgemeinmedizinischer und damit hausärztlicher Versorgung in vielen ländlichen Regionen in Bayern. Im Landkreis Regen stehen 125 Ärzt_innen je 100.000 Einwohner_innen für deren Versorgung, davon sind 60 Allgemeinärzt_innen. Vereinzelt ist die hausärztliche Versorgung in Landkreisen in Norddeutschland sehr gut, was damit zusammenhängen kann, dass dies beliebte Tourismusregionen sind (BBSR 2012: 24). Im Ruhrgebiet hingegen ist das Gegenteil der Fall. Einer relativ guten ärztlichen Versorgung insgesamt steht eine sehr schlechte Versorgungssituation mit Allgemeinärzt_innen gegenüber.

Die Entwicklung der Allgemeinarzt-Einwohner-Relation von 2009 bis 2012 zeigt, dass die Anzahl der Ärzt_innen nahezu flächendeckend zurückgegangen ist und sich besonders in ländlichen Regionen die hausärztliche Versorgung verschlechtert hat.

Karte 16
Ärzt_innen je 100.000 Einwohner_innen
 Kreise und kreisfreie Städte, 2012



Quelle: BBSR Bonn 2015. Datengrundlage: Ärztereister der Kassenärztlichen Bundesvereinigung.

2.5.5 PFLEGEHEIMPLÄTZE

Verfügbare Pflegeheimplätze und ihre zahlenmäßige Entwicklung sind ein Indikator, wie die deutschen Regionen auf die alternde Bevölkerung und die mit einer gestiegenen Lebenserwartung zunehmende Anzahl von Pflegebedürftigen reagieren. Karte 17 zeigt, dass sich Regionen mit vielen Pflegeheimplätzen auf den Norden Deutschlands konzentrieren: Schleswig-Holstein, Ost- und Südostniedersachsen, Nordhessen und Teile von Sachsen-Anhalt.

In Ostdeutschland liegen mehr Regionen mit einem höheren Anteil an Pflegeheimplätzen als im Westen. In Süddeutschland sind die Kapazitäten geringer.

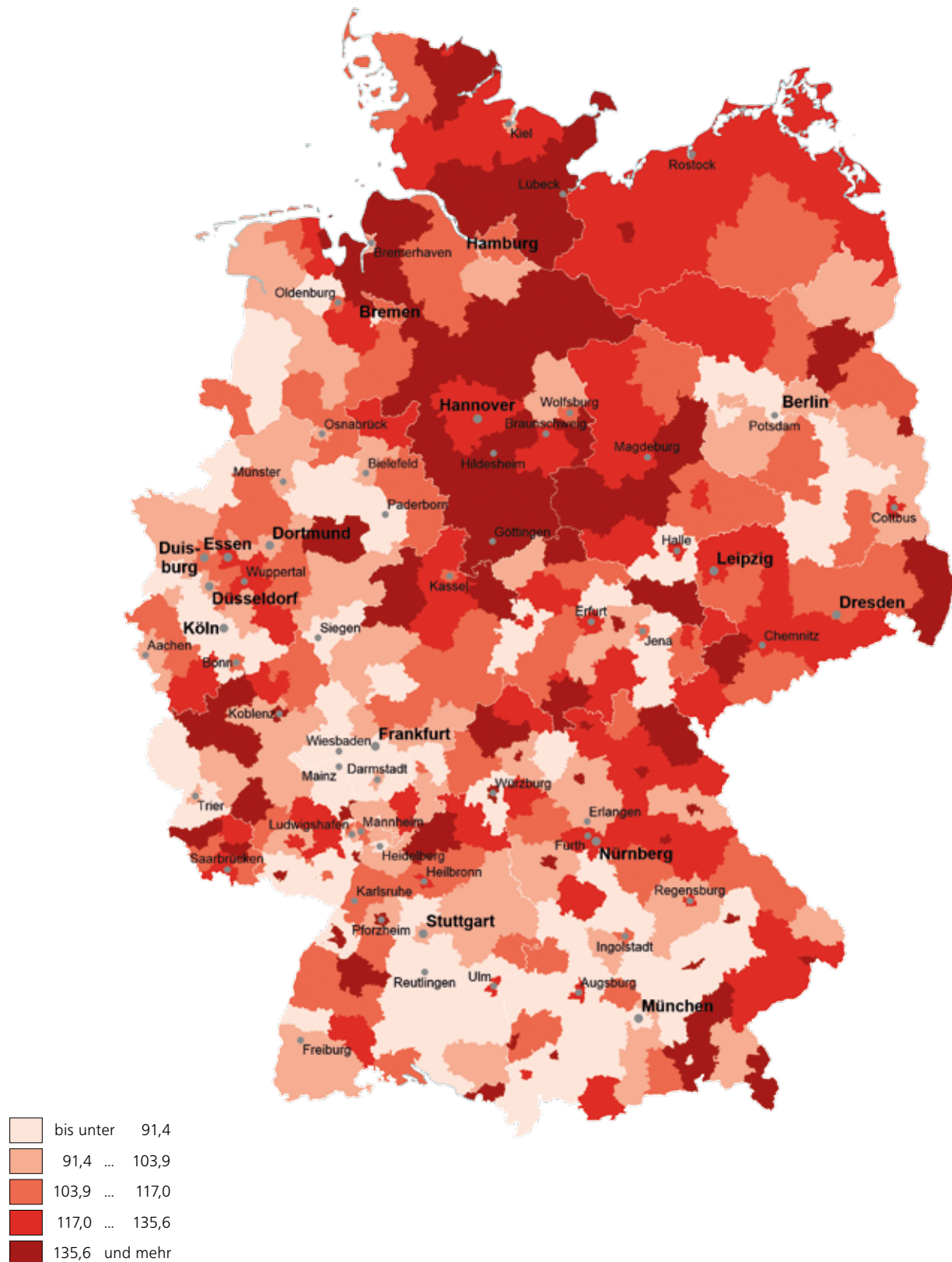
Die Entwicklung von 2009 bis 2011 zeigt, dass quantitativ in allen Ländern die Kapazitäten der stationären Pflege ausgebaut wurden, dass aber vor allem in Ostdeutschland mehr Plätze als in Westdeutschland entstanden sind.

Karte 19 (Anteil der Einwohner_innen 75 Jahre und älter) zeigt, dass in Süddeutschland die Anteile der Personen, die 75 Jahre und älter sind, kleiner sind als in Nord- und Ostdeutschland und der Bedarf an Pflegeheimplätzen deshalb (noch) geringer ist. Im Allgemeinen stehen in Regionen mit einem hohen Anteil alter Menschen viele Pflegeheimplätze zur Verfügung. Ausnahmen sind Landkreise in Brandenburg (Uckermark, Dahme-Spreewald, Elbe-Elster, Oder-Spree), in Sachsen-Anhalt (Saale-Holzland-Kreis) und Thüringen (Saale-Orla-Kreis) und in Rheinland-Pfalz (Südwestpfalz, Südliche Weinstraße) mit einem hohen Anteil alter Menschen und geringen Kapazitäten an Pflegeheimplätzen. Hier ist davon auszugehen, dass die pflegebedürftigen Personen durch Angehörige oder mit Unterstützung von ambulanten Pflegediensten versorgt und gepflegt werden.

Karte 17

Verfügbare Plätze in Pflegeheimen je 10.000 Einwohner_innen

Kreise und kreisfreie Städte, 2011



Quelle: BBSR Bonn 2015. Datengrundlage: Pflegestatistik des Bundes und der Länder.

2.6 TEILBEREICH DEMOGRAFIE

Der demografische Wandel und seine Auswirkungen stellen eine der zentralen Herausforderungen für Deutschland dar. Er wirkt als verstärkender Faktor auf die Strukturen von Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Daseinsvorsorge. Die demografische Entwicklung wird anhand von drei Indikatoren dargestellt.

Die räumliche Verteilung der Bevölkerung und deren Entwicklung gibt Auskunft über das Nebeneinander und die gleichzeitige Polarität von Regionen mit starkem Bevölkerungsrückgang und solchen mit – wenn auch nur geringen – Bevölkerungszuwächsen.

Der Anteil der Senior_innen, damit sind in dieser Studie Menschen ab 75 Jahre gemeint, gibt unter anderem Hinweise auf die zunehmende Alterung und die damit verbundene steigende Nachfrage für Einrichtungen der Altenhilfe und -pflege. Es zeigt sich, dass dieses Phänomen der Alterung der Gesellschaft alle Regionen betrifft, wenn auch in unterschiedlichem Ausmaß.

Kinder sind der Garant für unsere wirtschaftliche und gesellschaftliche Zukunft. Der Anteil der Kinder unter sechs Jahren in einer Region gibt einerseits einen Hinweis auf die Zukunftsfähigkeit einer Region und andererseits Hinweise auf den Infrastrukturbedarf, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu sichern und eine Region so attraktiv zu gestalten.

Insgesamt wird deutlich, dass Regionen mit schwacher wirtschaftlicher Entwicklung, hoher Arbeitslosigkeit und unzureichender Infrastruktur durch Abwanderung und niedrige Geburtenrate zunehmend überaltern.

2.6.1 BEVÖLKERUNGSENTWICKLUNG

Die Entwicklung der Zahl der Einwohner_innen verlief von 2007 bis 2012 in Deutschland sehr unterschiedlich. In fast allen Landkreisen und Städten nimmt die Bevölkerung aufgrund der geringen Geburtenrate ab. Bevölkerungswachstum oder das Halten des Bevölkerungsstandes ist nur noch durch Zuwanderung möglich. Wie oben beim Indikator Arbeitsplatzwanderung (Karte 4) gezeigt, erfolgt die Wanderung jedoch nur in wirtschaftsstarken Regionen oder Agglomerationsräume, andere Regionen verlieren bei diesem Prozess an Einwohner_innen. Disparitäten zwischen Stadt und Land werden größer, aber auch die Unterschiede zwischen verschiedenen Regionen in Deutschland.

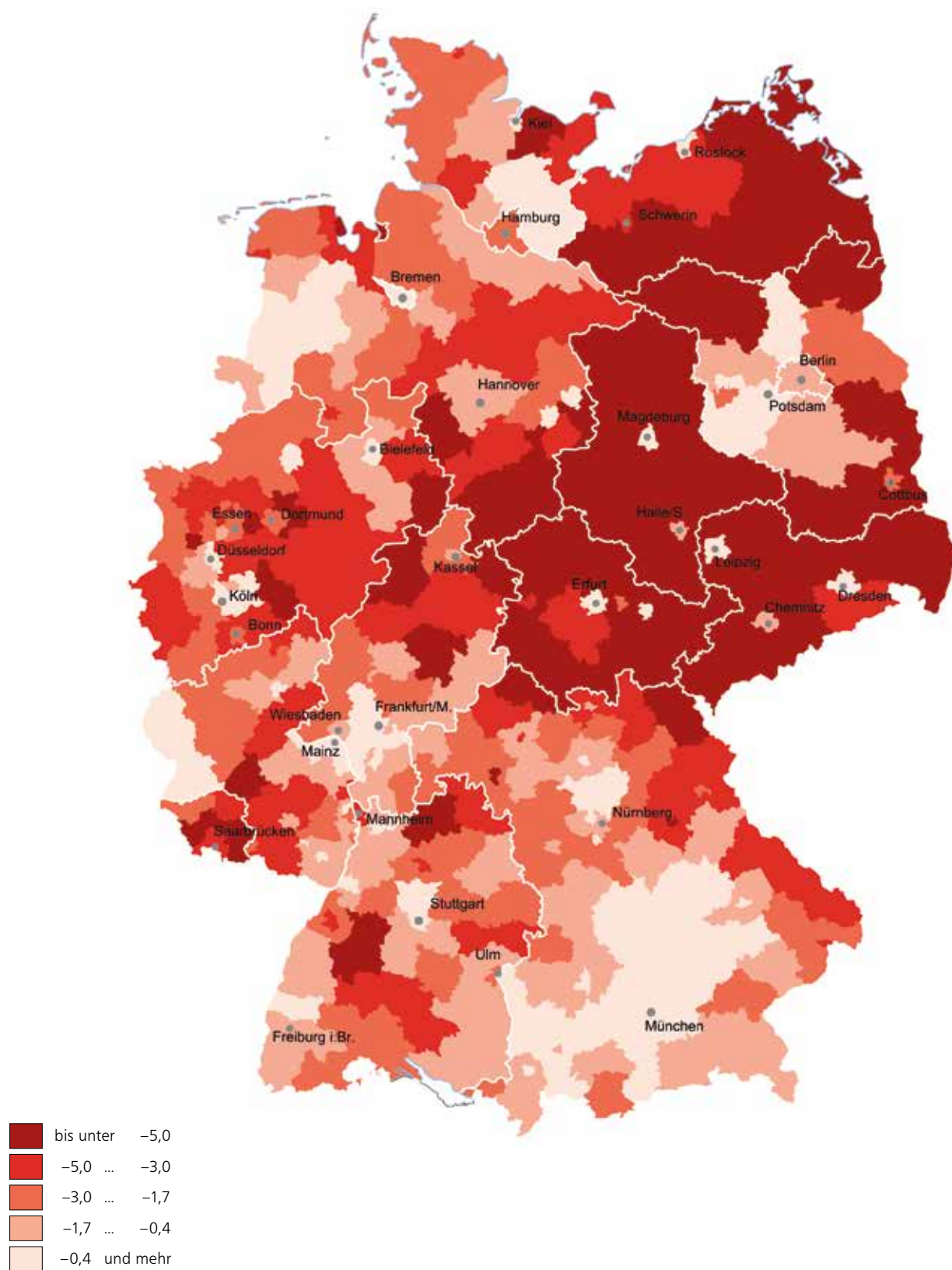
Insbesondere die ostdeutschen Länder sind von überdurchschnittlich starkem Bevölkerungsrückgang betroffen. Hier sind die Bevölkerungszahlen sehr viel stärker zurückgegangen als in den westdeutschen Ländern und in Berlin (vgl. Karte 18).

In Sachsen-Anhalt und Thüringen haben sich die Bevölkerungszahlen besonders negativ entwickelt. Mit Ausnahme von kreisfreien Städten, den Landkreisen Ilm-Kreis und Gotha in Thüringen, der Städte Magdeburg und Halle in Sachsen-Anhalt ist in jeder Kommune die Bevölkerung um mehr als fünf Prozent in den Jahren 2007 bis 2012 zurückgegangen. Extrem hoch war der Rückgang in der Stadt Suhl (Thüringen) mit zwölf Prozent. Demgegenüber stand ein Bevölkerungszuwachs von vier Prozent in der Stadt Jena. Auch die kreisfreien Städte Potsdam, Rostock, Dresden und Leipzig konnten einen Bevölkerungszuwachs verzeichnen. Landkreise, in denen der Rückgang nicht ganz so groß war, liegen im Agglomerationsraum Berlin-Potsdam in Brandenburg (Landkreise Dahme-Spreewald und Potsdam-Mittelmark).

Im Westen war der Bevölkerungsrückgang insgesamt schwächer ausgeprägt als im Osten. Der Bevölkerungsrückgang betraf verstärkt ländliche Regionen. Städte waren weniger betroffen, sie hatten oftmals einen Zuwachs zu verzeichnen. Regionen mit sehr geringem Bevölkerungsverlust oder sogar leichtem -zuwachs liegen in Süddeutschland, im Rhein-Main-Gebiet und an der Rhein-Schiene, also in wirtschaftsstarken Regionen. Regionen mit leichtem Bevölkerungswachstum gibt es in ländlichen Regionen im westlichen Rheinland-Pfalz (Landkreise Eifelkreis Bitburg-Prüm, Trier-Saarburg), in Westniedersachsen (Landkreise Emsland, Leer, Ammerland) und in Schleswig-Holstein (Landkreise Segeberg, Stormann, Herzogtum Lauenburg). Auch diese Entwicklungen sind stark durch positive wirtschaftliche Faktoren bestimmt.

Der Frauenanteil der Bevölkerung schwankt in Deutschland bei etwas mehr als 50 Prozent, da die Lebenserwartung von Frauen höher ist als die der Männer. Der Frauenanteil an der Bevölkerung variierte 2012 von 49,4 Prozent im Landkreis Dingolfing-Landau (Bayern) bis 53,2 Prozent in der Stadt Baden-Baden (Baden-Württemberg).

Karte 18
Entwicklung der Zahl der Einwohner_innen 2007 bis 2012 in %
 Kreise und kreisfreie Städte, 2012



Quelle: BBSR Bonn 2015. Datengrundlage: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes des Bundes und der Länder.

2.6.2 SENIOR_INNEN

Im Jahr 2012 lag der Anteil der Senior_innen (75-Jährige und älter) an den Einwohner_innen in Deutschland durchschnittlich bei 10,2 Prozent. Karte 19 verdeutlicht, dass der Osten Deutschlands sehr viel stärker von Alterung betroffen ist als der Westen. Auch wenn es in Westdeutschland Regionen mit einem hohen Anteil der Altersgruppe der 75-Jährigen und Älteren gibt, so wiesen mehr Regionen in östlichen Ländern, besonders in Sachsen und Sachsen-Anhalt, einen sehr hohen Anteil an Senior_innen auf. So liegt beispielsweise in Sachsen der Durchschnittswert bei 12,2 Prozent, nur in Dresden und Leipzig liegt der Anteil unter elf Prozent.

Ostdeutsche Regionen mit einem geringeren Anteil an Senior_innen waren überwiegend in den Landkreisen konzentriert, während in den Städten oftmals die Senior_innen stärker vertreten sind. In den ostdeutschen Ländern waren es Landkreise in Brandenburg (Oberhavel, Potsdam-Mittelmark, Teltow-Fläming) und in Thüringen (Eichsfeld). In Westdeutschland konzentrierten sich Regionen mit einem geringeren Anteil älterer Menschen überwiegend im Norden von Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen, den Ballungsgebieten Köln-Bonn und Rhein-Main sowie in Bayern und Baden-Württemberg.

Eine vergleichsweise junge Bevölkerung haben die Städte Berlin, München, Offenbach am Main, Frankfurt am Main und Heidelberg mit einem Senior_innenanteil um acht Prozent, aber auch Jena, wo der Anteil der Senior_innen unter neun Prozent liegt.

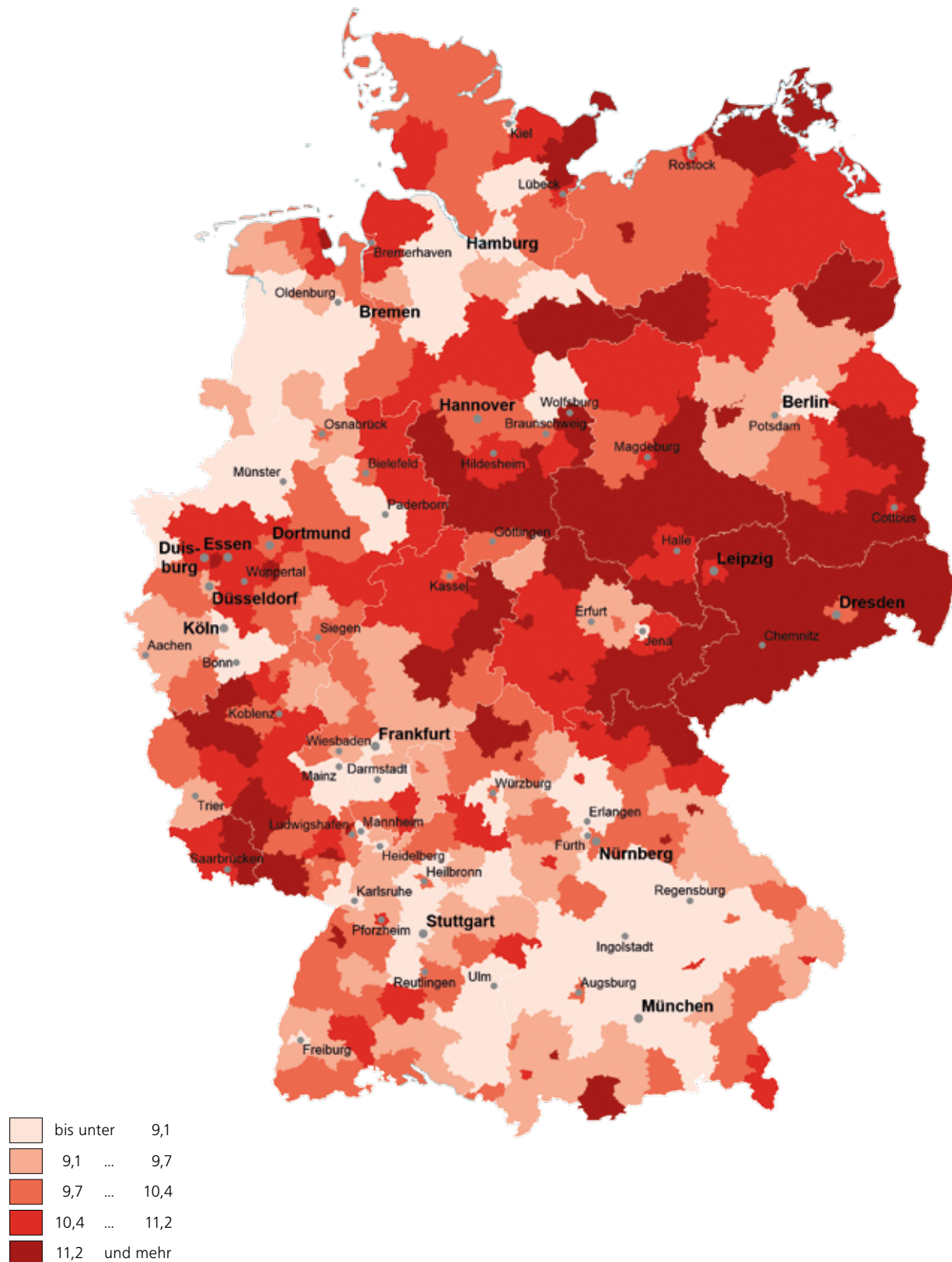
Betrachtet man das Geschlechterverhältnis, wird erkennbar, dass der Anteil der Männer über 75 Jahre im Verhältnis zum Anteil der Frauen über den Betrachtungszeitraum größer geworden ist, weil die Lebenserwartung der Männer steigt. Auch wenn in der Mehrzahl der Kommunen die Männeranteile gestiegen sind, so gibt es vor allem in den ostdeutschen Ländern Kommunen mit einem Frauenanteil in dieser Altersgruppe von 63,8 Prozent und darüber.

Der demografische Wandel zeigt sich unter anderem darin, dass der Anteil an Senior_innen bis zum Jahr 2012 flächendeckend größer geworden ist. Er betrug nach INKAR online im Jahr 1995 6,5 Prozent, 2005 8,2 Prozent und 2012 bereits 10,2 Prozent.

Von hohen Steigerungsraten waren insbesondere Regionen im Osten Deutschlands betroffen, die einen sehr hohen Anteil an 75-Jährigen und Älteren haben. Auch in Westdeutschland (Stadt Wilhelmshaven, Landkreise Plön, Friesland, Mettmann, Saar-Pfalz-Kreis, Neunkirchen) ist diese Altersgruppe stark gewachsen. Vorhandene Unterschiede verstärken sich, wenn ein negativer Wanderungssaldo bei jungen Menschen zusätzlich die Region prägt.

Karte 19

Anteil der Einwohner_innen 75 Jahre und älter an den Einwohner_innen in %
Kreise und kreisfreie Städte, 2012



Quelle: BBSR Bonn 2015. Datengrundlage: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes des Bundes und der Länder, Eurostat Regio Datenbank (Stichtag 1.1. des jeweiligen Jahres).

2.6.3 KINDER

Im Jahr 2012 variierten die Anteile der Kinder in den kreisfreien Städten und Landkreisen zwischen 3,4 und 6,4 Prozent aller Einwohner_innen. Mit Karte 20 wird deutlich, dass Kinder unter sechs Jahren besonders in Ostdeutschland einen relativ geringen Anteil an der Bevölkerung ausmachen, während in Westdeutschland kein einheitliches Bild besteht.

Niedrige Anteile hatten überwiegend die kleineren Städte und Landkreise in Ostdeutschland. In der kreisfreien Stadt Suhl in Thüringen beispielsweise waren 3,4 Prozent der Bevölkerung Kinder unter sechs Jahren. Nur in kreisfreien größeren Städten wie Erfurt, Halle, Leipzig, Jena, Dresden und Potsdam und in den Landkreisen Potsdam-Mittelmark (Brandenburg), Eichsfeld und Weimarer Land (Thüringen) lag der Anteil über fünf Prozent. Zusammenhängende Gebiete mit einem sehr geringen Anteil (unter 4,5 Prozent) an Kindern in Westdeutschland sind das Saarland und angrenzende Landkreise in Rheinland-Pfalz, Oberfranken und Oberpfalz in Bayern und weite Teile Niedersachsens.

Von 2009 bis 2012 ist die Entwicklung der Anteile der Kinder in Westdeutschland anders verlaufen als in Ostdeutschland. In Ostdeutschland gab es in allen Kommunen Zuwächse der Anteile der Kinder an der Bevölkerung, während es in Westdeutschland sowohl Zuwächse als auch Rückgänge gab. Insbesondere in westdeutschen Landkreisen und kreisfreien Städten, wo die Kinderanteile bereits 2009 relativ niedrig waren, sind sie auch besonders stark zurückgegangen. Dies waren insbesondere Kreise in Bayern, Niedersachsen, Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland, in denen die Bevölkerung insgesamt sehr stark rückläufig war, als auch solche, in denen Kinder schon zuvor nur einen sehr geringen Teil der Bevölkerung ausmachten.

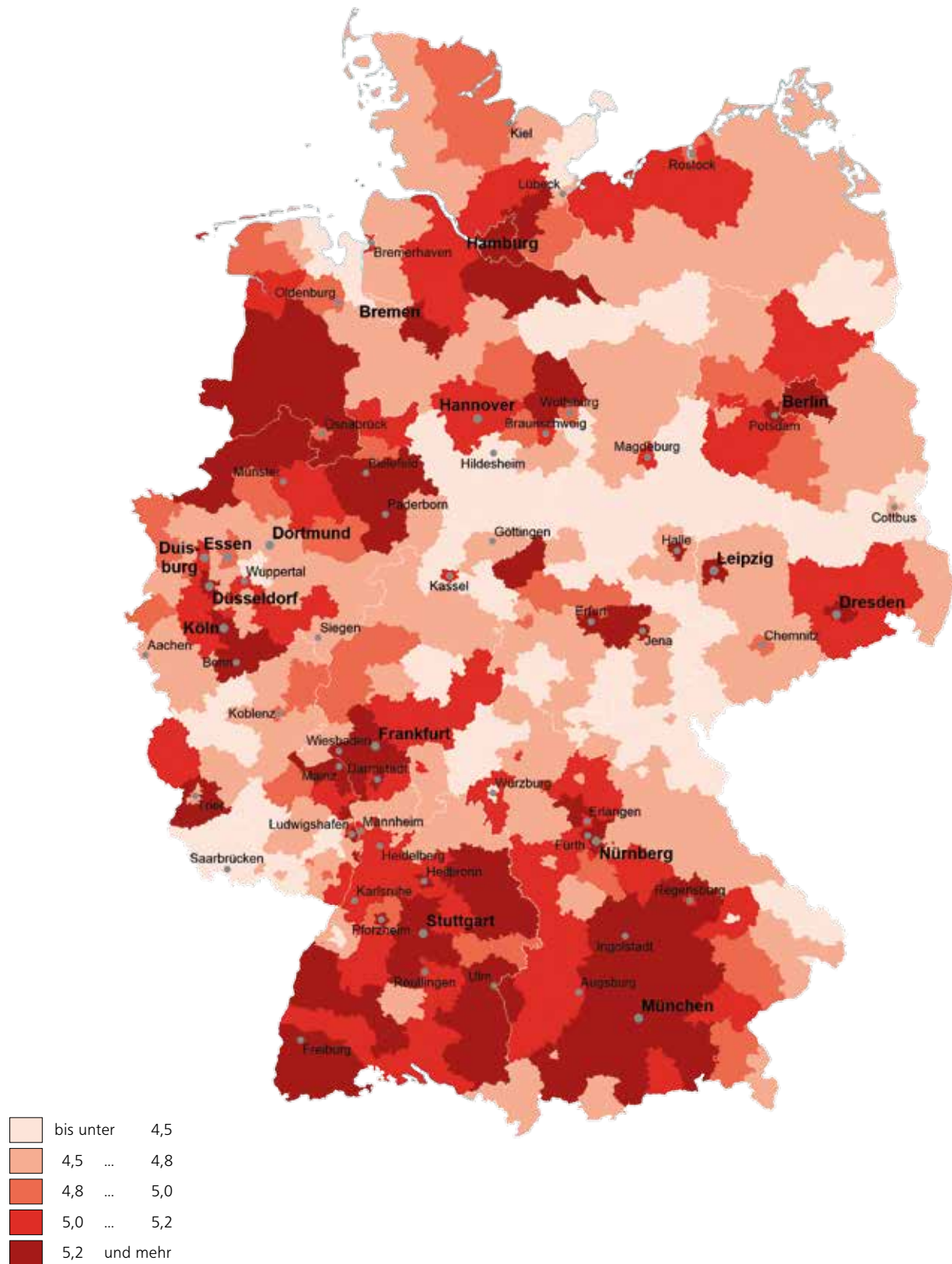
Besonders in kreisfreien Städten erhöhte sich der Kinderanteil sowohl in West- als auch in Ostdeutschland. Am größten war der Zuwachs in den Städten in Ostdeutschland, in denen der Anteil zuvor schon relativ hoch war. Die Entwicklung lässt auf ein „zurück in die Städte“ schließen und die Annahme zu, dass die Städte attraktivere Bedingungen für Familien mit kleinen Kindern bieten als die umliegenden Landkreise. Auch in westdeutschen Städten ist der Anteil gestiegen, wenn auch nicht so stark.

Obwohl die Gruppe der unter Sechsjährigen vor allem in östlichen Ländern stärker geworden ist, sind hier Kommunen mit einem Anteil von weniger als 4,5 Prozent an Kindern unter sechs Jahren übermäßig häufig zu finden. Von einem extremen Bevölkerungsrückgang und einer sehr ungünstigen Bevölkerungsstruktur in Bezug auf Kinder unter sechs Jahren sind insbesondere Landkreise in Thüringen, Sachsen-Anhalt und Brandenburg betroffen, obwohl sich die Situation in den vergangenen Jahren verbessert hat.

Verbunden mit der verstärkten Abwanderung junger Menschen und dem größeren Anteil an Senior_innen in diesen Regionen verschärfen sich die deutschlandweiten Unterschiede.

Karte 20

Anteil der Einwohner_innen unter 6 Jahren an den Einwohner_innen in %
 Kreise und kreisfreie Städte, 2012



Quelle: BBSR Bonn 2015. Datengrundlage: Fortschreibung des Bevölkerungsstandes des Bundes und der Länder.

Anhang

Auswahl eines geeigneten Sets an Indikatoren

Im Raumordnungsbericht 2011 des BBSR wurden Indikatoren zu den Themenbereichen Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Wohlstand, Öffentliche Finanzen, Infrastruktur und Demografie zur Beschreibung ihrer räumlichen Verteilung herangezogen. Für die vorliegende Studie wurden 20 aussagekräftige Indikatoren für alle Themenbereiche ausgewählt und entsprechende Karten erstellt.

Für die Analyse wird auch auf die Daten und Karten von 2009 Bezug genommen, um Veränderungen auszuweisen. Die Karten von 2009 sind allerdings nicht Bestandteil dieser Studie. Einige Karten liegen nicht für 2012, sondern für andere Zeiträume vor, da die Daten so nicht bei INKAR online verfügbar waren. Das betrifft die Karten Bevölkerungsentwicklung (2007–2012), Erreichbarkeit von Mittelzentren (2014), Betreuungsquote Kleinkinder (2013) und Pflegeheimplätze (2011) (siehe Tabelle 1). Sofern entsprechende Daten vorlagen, wurden auch genderdifferenzierte Aussagen getroffen.

Tabelle
Indikatorenauswahl

Indikator Indikatorname	Bezugszeitraum INKAR		Gender- differenzierung
TEILBEREICH WIRTSCHAFT			
Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigen Bruttoinlandsprodukt in 1.000 € je Erwerbstätigen	2009	2012	nein
Unternehmensbezogene Dienstleistungen Anteil der SV-Beschäftigten in wissensintensiven unternehmensbezogenen Dienstleistungsbranchen (WZ 2008) in %	2009	2012	nein
TEILBEREICH ARBEITSMARKT			
Arbeitslosenquote Anteil der Arbeitslosen an den zivilen Erwerbspersonen in %	2009	2012	ja
Arbeitsplatzwanderung Binnenwanderungssaldo der Einwohner_innen von 25 bis unter 30 Jahren je 1.000 Einwohner_innen der Altersgruppe	2009	2012	ja
Schulabgänger_innen ohne Abschluss Anteil der Schulabgänger_innen ohne Hauptschulabschluss an den Schulabgänger_innen in %	2009	2012	ja
Hoch qualifizierte Beschäftigte SV-Beschäftigte mit hoher Qualifikation je 100 Einwohner_innen im erwerbsfähigen Alter	2009	2012	ja

>

Tabelle
Indikatorauswahl

Indikator Indikatorname	Bezugszeitraum INKAR		Gender- differenzierung
TEILBEREICH WOHLSTAND			
Haushaltseinkommen durchschnittliches Haushaltseinkommen in Euro je Einwohner_in	2009	2012	nein
Schuldner_innenquote private Schuldner_innen je 100 Einwohner_innen 18 Jahre und älter	2009	2012	nein
Arbeitslose SGB II Anteil der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II an den Erwerbspersonen in %	2010	2012	nein
Kinderarmut nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte unter 15 Jahren je 100 Einwohner_innen unter 15 Jahren	2010	2012	nein
TEILBEREICH ÖFFENTLICHE FINANZEN			
Kommunale Schulden kommunale Schulden in Euro je Einwohner_in	2010	2012	nein
Kassenkredite Kassenkredite in Euro je Einwohner_in	2009	2012	nein
TEILBEREICH INFRASTRUKTUR			
Einwohnerdichte Einwohner_innen je km²	2009	2012	nein
Erreichbarkeit von Mittelzentren durchschn. Pkw-Fahrzeit zum nächsten Mittel- oder Oberzentrum in Minuten	nein	2014	nein
Betreuungsquote Kleinkinder Anteil der Kinder unter 3 Jahren in Kindertageseinrichtungen an den Kindern der entsprechenden Altersgruppe in %	2009	2013	nein
Ärzt_innen Ärzt_innen je 100.000 Einwohner_innen	2009	2012	nein
Pflegeheimplätze verfügbare Plätze in Pflegeheimen je 10.000 Einwohner_innen	2009	2011	nein
TEILBEREICH DEMOGRAFIE			
Bevölkerungsentwicklung (volkszählungsbasiert) Entwicklung der Zahl der Einwohner_innen in %	2007–2012		Frauenanteil 2009; 2012
Einwohner_innen 75 Jahre und älter Anteil der Einwohner_innen 75 Jahre und älter an den Einwohner_innen in %	2009	2012	ja
Einwohner_innen unter 6 Jahre Anteil der Einwohner_innen unter 6 Jahren an den Einwohner_innen in %	2009	2012	nein

Quelle: eigene Darstellung.

Kartenverzeichnis

Tabellenverzeichnis

- 9 Karte 1
Bruttoinlandsprodukt in 1.000 Euro je Erwerbstätigen
- 11 Karte 2
**Anteil der SV-Beschäftigten in wissensintensiven unternehmens-
bezogenen Dienstleistungsbranchen (WZ 2008) in %**
- 13 Karte 3
Anteil der Arbeitslosen an den zivilen Erwerbspersonen in %
- 15 Karte 4
**Binnenwanderungssaldo der Einwohner_innen von 25 bis unter
30 Jahren je 1.000 Einwohner_innen der Altersgruppe**
- 17 Karte 5
**Anteil der Schulabgänger_innen ohne Hauptschulabschluss an
den Schulabgänger_innen in %**
- 19 Karte 6
**SV-Beschäftigte mit hoher Qualifikation je 100 Einwohner_innen
im erwerbsfähigen Alter**
- 21 Karte 7
Durchschnittliches Haushaltseinkommen in Euro je Einwohner_in
- 23 Karte 8
Private Schuldner_innen je 100 Einwohner_innen 18 Jahre und älter
- 25 Karte 9
**Anteil der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II an den Erwerbs-
personen in %**
- 27 Karte 10
**Nichterwerbsfähige Leistungsberechtigte unter 15 Jahren je
100 Einwohner_innen unter 15 Jahren**
- 29 Karte 11
Kommunale Schulden in Euro je Einwohner_in
- 31 Karte 12
Kassenkredite in Euro je Einwohner_in
- 33 Karte 13
Einwohner_innen je km²
- 35 Karte 14
**Durchschnittliche Pkw-Fahrtzeit zum nächsten Mittel- oder
Oberzentrum in Minuten**
- 37 Karte 15
**Anteil der Kinder unter 3 Jahren in Kindertageseinrichtungen
an den Kindern der entsprechenden Altersgruppe in %**
- 39 Karte 16
Ärzt_innen je 100.000 Einwohner_innen
- 41 Karte 17
Verfügbare Plätze in Pflegeheimen je 10.000 Einwohner_innen
- 43 Karte 18
Entwicklung der Zahl der Einwohner_innen 2007 bis 2012 in %
- 45 Karte 19
**Anteil der Einwohner_innen 75 Jahre und älter an den
Einwohner_innen in %**
- 47 Karte 20
**Anteil der Einwohner_innen unter 6 Jahren an den
Einwohner_innen in %**

- 48 Tabelle
Indikatorenauswahl

Literaturverzeichnis

Arnold, Felix; Freier, Ronny; Geissler, René; Schrauth, Philipp 2015: Große regionale Disparitäten bei den kommunalen Investitionen, in: DIW Wochenbericht (43), S. 1.031–1.040.

Berlin-Institut für Bevölkerung und Entwicklung 2015: So geht Einheit, Berlin, http://www.berlin-institut.org/fileadmin/user_upload/So_geht_Einheit/BI_SoGehtEinheit_final_online.pdf (30.11.2015).

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) 2015: INKAR: Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung, Ausgabe 2014, Bonn, <http://www.inkar.de> (30.11.2015).

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) 2012: Raumordnungsbericht 2011, Bonn, http://www.bbsr.bund.de/BBSR/DE/Veroeffentlichungen/Sonderveroeffentlichungen/2012/DL_ROB2011.pdf (30.11.2015).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2008: Dossier Ausbau der Kinderbetreuung: Kosten, Nutzen, Finanzierung, Berlin, <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Dossier-Ausbau-der-Kinderbetreuung,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf> (30.11.2015).

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ) 2013: 2. Atlas zur Gleichstellung von Frauen und Männern in Deutschland, Berlin, <http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/2.-Atlas-zur-Gleichstellung-in-Deutschland,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf> (30.11.2015).

Eichel, Hans; Fink, Philipp; Tiemann, Heinrich 2013: Vorschlag zur Neuordnung des Finanzausgleichs, in: WISO direkt, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Eichel, Hans; Fink, Philipp; Tiemann, Heinrich 2014: Eine reformierte Finanzverfassung muss für künftige Aufgaben gewappnet sein, in: Wirtschaftsdienst 94 (10), S. 713–720.

Eichel, Hans; Fink, Philipp; Tiemann, Heinrich 2015: Vorschlag zur Neuordnung der Bund-Länder-Finanzbeziehungen ab 2020: Vorstellung eines politischen Konzepts, in: Geißler, René; Knüpling, Felix; Kropp, Sabine; Wieland, Joachim (Hrsg.): Das Teilen beherrschen: Analysen und Reformen des Finanzausgleichs 2019, Baden-Baden, S. 123–142.

Ernst & Young 2015: Kommunen in der Finanzkrise: Status quo und Handlungsoptionen – EY Kommunenstudie 2015, Stuttgart.

Juckernheinrich, Martin; Micosatt, Gerhard 2008: Kommunalen Finanz- und Schuldenreport Deutschland 2008: Ein Ländervergleich, Gütersloh, http://www.wegweiser-kommune.de/documents/10184/17495/Finanzreport_2008.pdf (30.11.2015).

Kawka, Rupert 2015: Gleichwertigkeit messen, in: Informationen zur Raumentwicklung (1), S. 71–82.

Kersten, Jens; Neu, Claudia; Vogel, Berthold 2015a: Der Wert gleicher Lebensverhältnisse, gute gesellschaft – soziale demokratie 2017plus, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Kersten, Jens; Neu, Claudia; Vogel, Berthold 2015b: Regionale Daseinsvorsorge: Begriff, Indikatoren, Gemeinschaftsaufgabe, WISO Diskurs, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Kersten, Jens; Neu, Claudia; Vogel, Berthold 2015c: Wettbewerb der Ideen in den Regionen, WISO Diskurs, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

KfW Bankengruppe 2015: KfW-Kommunalpanel 2015, Frankfurt am Main, <https://www.kfw.de/PDF/Download-Center/Konzernthemen/Research/PDF-Dokumente-KfW-Kommunalpanel/KfW-Kommunalpanel-2015.pdf> (30.11.2015).

Der Paritätische Gesamtverband 2015: Die zerklüftete Republik: Bericht zur regionalen Armutsentwicklung in Deutschland 2014, Berlin.

Ragnitz, Joachim; Eck, Alexander; Rösel, Felix; Steinbrecher, Johannes; Thater, Christian 2014a: Wer bestellt, bezahlt! Für eine Reform des Finanzausgleichs zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland, WISO Diskurs, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Ragnitz, Joachim; Eck, Alexander; Rösel, Felix; Steinbrecher, Johannes; Thater, Christian 2014b: Wer bestellt, bezahlt! Berechnung des Vorschlags zur Neuordnung des Finanzausgleichs von Hans Eichel, Philipp Fink und Heinrich Tiemann, WISO direkt, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.

Ragnitz, Joachim; Eck, Alexander; Rösel, Felix; Steinbrecher, Johannes; Thater, Christian 2014c: Auf die Länder kommt es an! Berechnung eines Vorschlags zur Übernahme kommunaler Sozialausgaben durch den Bund von Eichel et al. (2013), in: ifo Dresden berichtet 21 (4), S. 2–33.

Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft 2015: Forschung und Entwicklung in der Wirtschaft 2013, Essen.

Impressum:

© 2016

Friedrich-Ebert-Stiftung

Herausgeber: Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik

Godesberger Allee 149, 53175 Bonn

Fax 0228 883 9205, www.fes.de/wiso

Bestellungen/Kontakt: wiso-news@fes.de

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung. Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

ISBN: 978-3-95861-417-8

Gestaltung: www.stetzer.net

Druck: www.bub-bonn.de

